

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragenen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7679.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 betragen für die sechsgehaltene Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Bezugs-
 und Besammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 11 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 12. August 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Max Regal.

Aus München meldet uns der Telegraph, daß unser Genosse Regal dort am Sonntagmittag an den Folgen einer Herzlähmung, die sich im Anschluß an eine schwere Lungenentzündung eingestellt hat, verstorben ist.

In Max Regal hat die Partei einen ihrer älteren Genossen und einen begabten Schriftsteller und Dichter verloren. Vor 52 Jahren als Sohn eines Dresdener Proletariats geboren, besuchte Regal dort die Volksschule und erlernte dann das Schriftsetzergewerbe. Als ganz junger Mann hatte er sich bereits der socialdemokratischen Bewegung angeschlossen und als unsre Dresdener Genossen ihr erstes Parteiblatt, den „Volkboten“ gründeten, trat Regal in die Offizin ein, in der das Blatt hergestellt wurde und war von Stunde ab einer der fleißigsten Mitarbeiter. Damals, anfangs der siebziger Jahre, war es um die Herstellung der Parteiblätter manches Mal schimmig bestellt. Die Gelder waren knapp und wohl auch gar nicht vorhanden. Wenn die Blätter trotzdem erschienen, so nur infolge eines Opfermuts der Genossen, von dem unsre jüngeren Freunde sich heute kaum eine Vorstellung machen können. Wie manches Mal verzichtete Regal auf einen Teil seines Wochenlohns, um die Fertigstellung des Blattes zu ermöglichen, daneben aber besorgte er in Abwesenheit August Otto-Walsters auch noch die Redaktion, d. h. er setzte den Leitartikel direkt, ohne Niederschrift, aus dem Kopfe. Eine Gabe, um derenwillen er damals viel bewundert wurde.

Nach Walsters Abgang übernahm Regal dann die Redaktion des „Volkboten“ ganz, um dann später nach Chemnitz in die Redaktion der „Freien Presse“ überzusiedeln. In Chemnitz redigierte Regal auch den „Kühnacker“, neben den in Braunschweig unter Kosoloffs Leitung erscheinenden „Leuchtturgen“ das erste socialistische Wigblatt der Partei.

Das Socialistengesetz mit seinen Verböten aller Partypressen setzte auch der Regalschen Thätigkeit in Chemnitz ein Ziel. Der Versuch, unter Regals Leitung an Stelle der verbotenen „Berliner Freien Presse“ ein neues Blatt „Die Berliner Nachrichten“ herauszugeben, scheiterte an dem sofortigen Verbote der ersten Nummer. Regal wieder nach Dresden zurück, wo er an den verschiedenen Versuchen, wieder ein Blatt für die Genossen zu schaffen, sich lebhaft beteiligte, außerdem aber das Wigblatt „Hiddigeigei“ herausgab, bis auch dieses dem Socialistengesetz zum Opfer fiel. Später leitete Regal jahrelang die „Frankische Tagespost“ in Nürnberg und war außerdem im Viereckschen Verlage in München thätig. Seit 1888 war Regal am „Wahren Jakob“ thätig, dessen fest angestellter Redacteur im Jahre 1888 er wurde. Seitdem lebte Regal abwechselnd in Stuttgart und München, wo er jetzt die Augen für immer geschlossen hat.

Ueber den Gesundheitszustand des Verstorbenen lauteten die Nachrichten in der letzten Zeit schon immer beunruhigend. Ein mehrmonatlicher Aufenthalt in Italien in diesem Frühjahr und Sommer hat die gewünschte Heilung nicht gebracht. Unser Genosse mußte vor einigen Wochen die Wasserheil- Anstalt Thalkirchen bei München aufsuchen, aber es war keine Hilfe mehr.

Max Regal hat mit seinen satirischen Versen die Socialdemokratie Jahrzehnte hindurch im Kampf gegen die Feinde lachend und spottend begleitet. Er hat sie aber auch durch seine Gedichte ernst und feurig geführt. 1889 erschien von ihm eine Biographie Lassalles. Weiter gab er eine Sammlung „Lichtstrahlen der Poesie“ und das „Socialdemokratische Liederbuch“ heraus. Eine Sammlung seiner eignen Gedichte erschien 1893.

Am vollständigsten ist sein viel gesungener Socialisten- marsch geworden:

Auf, Socialisten, schließt die Reihen!
 Die Trommel ruft, die Banner wehn.
 Es gilt, die Arbeit zu befreien,
 Es gilt der Freiheit Auserkneht!
 Der Erde Glück, der Sonne Pracht,
 Des Geistes Licht, des Wissens Macht,
 Dem ganzen Volke sei's gegeben!
 Das ist das Ziel, das wir erstreben.
 Das ist der Arbeit heil'ger Krieg
 Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

In diesen Versen wird Max Regals Gedächtnis weiter leben. Auch ihm ist das Glück aller derer beschieden, die für die Socialdemokratie gearbeitet und geopfert: Sein Wirken bleibt auch nach seinem Scheiden ein lebendiges Werden, das am Siege weht.

Englische Zustände.

Ein Interview mit Sir Charles Dille.
 Von unsrem Londoner Korrespondenten.

Um ein möglichst richtiges Urteil über die gegenwärtigen politischen Strömungen innerhalb der Trade Unions zu gewinnen, ersuchte ich am 4. d. Mts. den radikalen Abgeordneten Sir Charles Dille, mir ein Interview zu gewähren. Sir Charles steht mit den Arbeiterabgeordneten in enger Verbindung. In allen wichtigen parlamentarischen Debatten über Arbeitergesetze ist er der leitende Redner. Abgesehen von Keir Hardie ist Sir Charles der einzige Abgeordnete, der das britische Proletariat als Ganzes vertritt, während die eigentlichen Arbeiterabgeordneten bekanntlich nur die Interessen der einzelnen Gewerke wahrnehmen. Im nächsten Parlament dürfte Sir Charles' Einfluß und Thätigkeit noch bedeutender werden, da wir eine stärkere Arbeitervertretung erwarten. Daß einem Staatsmann von der politischen Parteilichkeit Dilles eine solche Rolle anfallen kann, ist für englische Verhältnisse bezeichnend. Könnte man sich denn logischerweise denken, daß die französische Arbeiterklasse

einem Beiffon oder Leon Bourgeois, die deutsche Arbeiterklasse einem Franz Biegler oder Bombberger — von den lebenden deutschen Liberalen ist keiner jenen Männern gleichzustellen — die Verteidigung ihrer Interessen überlassen würden?

Right Honorable Sir Charles B. Dille, Baronet, ist im Jahre 1843 geboren. Er studierte in Cambridge, bestand im Jahre 1868 seine juristische Prüfung mit Auszeichnung und machte sodann eine Reise um die Welt. Er ist der Urheber des Wortes: Greater Britain. Sein unter diesem Titel veröffentlichtes Werk gilt als klassisch. Im Jahre 1868 trat er ins Parlament ein. Drei Jahre später hielt er republikanische Vorträge in Newcastle. Im Jahre 1880 wurde er als Unterstaatssekretär des Ackerbaus in die liberale Regierung berufen und bekleidete zugleich das Amt des Präsidenten der Lokalregierung. Seit 1892 vertritt er den Wahlkreis Forest of Dean, Gloucester. Außer dem oben genannten Werke schrieb er: „Die gegenwärtige Lage der europäischen Politik“ (1887); „Die britische Armee“ (1888); „Probleme des Großen Britanniens“ (1891); „Imperiale Verteidigung“ (1892); außerdem zahlreiche Artikel in der englischen, amerikanischen und französischen Presse. Er ist Eigentümer des „Athensum“, des bedeutendsten literarischen Wochenblattes der englischen Sprache.

Am 6. d. M. gewährte mir Sir Charles das nachgesuchte Interview. Ich stellte folgende Fragen:

„Aus den Vorgängen der letzten Zeit dürfte man schließen, daß die Trade Unions die Wichtigkeit der politischen Aktion eingesehen haben. Wir werden wohl im nächsten Parlament eine größere Zahl von Arbeitervertretern haben. Werden sie eine von den übrigen Parteien unabhängige Politik treiben?“

Dille: „Das glaube ich nicht. Die Vertretung wird sicherlich eine stärkere sein, aber da die Arbeiterführer den verschiedenen politischen Richtungen angehören, so werden sie politisch nicht einheitlich vorgehen.“

„Welchen politischen Richtungen gehören sie? Und wie stellen sie sich zum Imperialismus?“

Dille: „Es sind darunter Socialisten, Liberale und Konservative. Der Abgeordnete John Wilson (Durham) — ein aufrichtiger Charakter — ist ein ausgesprochener Individualist. Ich gebrauche das Wort Imperialismus nicht, da man ihm gewöhnlich keinen genau definierten Inhalt giebt. Es ist auch nicht so leicht, eine Meinung darüber abzugeben, wie sich die Arbeiterklasse zu dem was man gemeinhin als Imperialismus bezeichnet, stellt. Die Gewerkschaftsführer sind meistens gegen diese Ideen, aber eine große Zahl der organisierten Arbeiter scheinen mit diesen Ideen zu sympathisieren, besonders in London und in Glasgow; bis zu einem gewissen Grade auch in Newcastle.“

„Werden die Arbeitervertreter wenigstens in Arbeiterfragen einheitlich vorgehen?“

Dille: „In Arbeiterfragen ist ein harmonischer Zusammenschluß zu erwarten.“

„Wie kommt es, daß die Arbeiterabgeordneten sich nicht immer an Debatten über Arbeitergesetze beteiligen?“

Dille: „Die Arbeitervertreter sind gleichzeitig Gewerkschaftsbeamte. Sie müssen ihre Zeit zwischen ihren politischen und gewerkschaftlichen Pflichten teilen. Knapp vor Schluß der Tagung kommt es aber vor, daß die verschiedensten Gegenstände zur Verhandlung gelangen, ohne vorher angekündigt worden zu sein. Das Beste wäre allerdings, wenn die Arbeitervertreter ihre ganze Zeit dem Parlament widmen könnten. Jedoch finden sich immer liberale und konservative Abgeordnete, die die Interessen der Arbeiter wahrnehmen. Es giebt im Unterhause strengkonservative Abgeordnete. — Mitglieder der christlich-socialen Union —, die für den Schutz der jugendlichen und weiblichen Arbeiter lebhaft eintreten.“

„Sie meinen, daß es in England keinen Klassenkampf gebe?“

Dille: „Das ist meine Meinung.“

„Ich möchte Ihnen meine Ansicht über England nicht verhehlen und Sie werden mir, Sir Charles, verzeihen, wenn ich mich etwas scharf ausdrücken sollte. Mir scheint, daß die Zeiten, wo die Kapitalisten den Arbeitern Konzessionen machten, vorbei seien. Ich glaube, England habe seinen Höhepunkt überschritten. In den unangenehm gerichtlichen Entscheidungen gegen die Trade Unions sehe ich eine Verstärkung meiner Theorie.“

Dille: „England steht nicht unter der Herrschaft von Generalisationen. Wir handeln gewöhnlich empirisch.“

„Aber das schließt doch nicht aus, daß den Erscheinungen eine gewisse Gesetzmäßigkeit inneohnt. Uebrigens hat England einige der kühnsten Generalisatoren gehabt.“

Dille: „Gewiß hatten wir Männer, die die Resultate der Forschungen zusammenfassen und generalisieren konnten, aber in unsren öffentlichen Handlungen sind wir keine Theoretiker. Es giebt meines Wissens keinen festen Plan, die Trade Unions zu schädigen. Wohl zeigen sich temporäre Rückschläge; es sind eben nur Schwankungen, ein Auf und Ab.“

„Würde es den Arbeitern schwer fallen, mehr Mandate zu erlangen?“

Dille: „Sie könnten leicht eine ganze Reihe von freiverdenden Mandaten erobern in den Textil- und Minenbezirken und in den Bezirken von Lancashire, Cheshire und West Riding von Yorkshire. In etwa drei Monaten werden die Arbeiter dort drüben abstimmen, für wieviel Abgeordnete sie zahlen wollen. Der Abgeordnete M. Well (Sekretär der Eisenbahn-Angestellten) sagte mir nämlich, seine Gewerkschaft könnte leicht noch einige Mandate gewinnen, wenn sie geeignete Kandidaten hätte.“

„Die Zeit, die Sie für das Interview bestimmten, ist beinahe abgelaufen. Nur noch einige Fragen über auswärtige Politik. Wirgt die Auflösung des anglo-italienischen Verhältnisses irgend welche ernste Gefahr für den Frieden in Nordafrika?“

Dille: „Gewiß ist eine Störung des status quo dort zu befürchten. Aber die Gefahr ist keine unmittelbare. Im Grunde genommen liegt die Sache so: eine Besitzergreifung von Tripolis durch Italien wäre gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung an die Türkei. Die italienischen Staatsmänner sehen dies ebenso gut ein wie wir. Es ist deshalb nicht wahrscheinlich, daß sich Italien in einen Krieg fürzen würde.“

„Und im nahen Osten?“

Dille: „Diese Frage ist nicht so leicht zu beantworten. Es giebt dort viele unkontrollierbare Faktoren, die alle Berechnungen über den Haufen werfen könnten. Sicher ist indes, daß es, soweit ich sehen kann, keiner europäischen Macht gelingen wird, das Einverständnis Europas für einen entscheidenden Vorstoß gegen die Türkei zu gewinnen.“

„Was ist Ihre Ansicht über das Verhältnis zwischen England und Deutschland? — Ich sehe, es ist wohl eine delikate Frage. Nach der umfangreichen Debatte im Unterhause über den auswärtigen Etat (am 3. Juli) warnte der „Vorwärts“ vor weiteren Verheerungen zwischen den beiden Ländern.“

Dille: „Ich kann mich über diese Frage nicht äußern (I have nothing to say) ... Dafür werde ich Ihnen meine Ansicht über Oesterreich-Ungarn sagen. Trotz aller Vangermanen sehe ich der Zukunft Oesterreichs mit aller Ruhe entgegen. Es ist vielleicht möglich, daß es dort bei einem Thronwechsel zu Revolten kommen werde. Aber alle derartigen Versuche würden von den gemeinsamen Operationen einer deutschen und ungarischen Militärmacht prompt unterdrückt werden.“

„Sie sind also der Ansicht Bismarcks, daß wenn kein Oesterreich existierte, eins geschaffen werden müßte?“

Dille: „Ganz richtig.“

Und damit schloß die Unterredung.

Richter Vighams Urteil.

Der Zweimillionen-Prozess gegen die walisischen Bergarbeiter endete in erster Instanz mit einer Abweisung der Regressklage!

Die Ueberraschung ist eine allgemeine, denn der Grundsatz, den dieses Urteil einschließt, ist von tiefgreifender Bedeutung. Und nicht minder der allgemein politische Gesichtspunkt, von dem der entscheidende Richter geleitet wurde. Fassen wir den Prozeß zusammen:

Das Lohnverhältnis in den walisischen Gruben wurde seit 1875 durch eine gleitende Skala reguliert, d. h. der Lohn stieg oder fiel entsprechend der Bewegung in den Rohpreisen. Im Herbst 1900 und 1901 beschloßen die Bergleute, einige Tage zu feiern, um der Ueberproduktion und damit der Lohnherabsetzung vorzubeugen. Im Jahre 1900 geschah dies auf Anordnung der Führer der Bergarbeiter-Föderation. Im Jahre 1901, nach dem Bekanntwerden des Taff-Vale-Ergebnisses, wollten die Arbeiterführer als Beamte der Föderation diese Anordnung nicht mehr erlassen, da sie die korporative Festbarkeit fürchteten. Sie verwandelten sich deshalb in eine Kommission der gleitenden Skala, der sie gleichzeitig als Mitglieder angehörten. Und für die Handlungen dieser Kommission — so dachten sie — könnte man die Föderation doch nicht so leicht verantwortlich machen. Das war offenbar ein Verstoß, dem Taff-Vale-Ergebnis aus dem Wege zu gehen. Die Angeklagten gaben dies vor Gericht unumwunden zu, so daß darüber nicht der geringste Zweifel herrschen kann.

Die Minenbesitzer erblickten in dem Vorgehen der Bergleute einen Eingriff in ihre Eigentumsrechte und in ihre ganze Geschäftsführung und reichten deshalb eine Regressklage ein. Die Klage beruhte vornehmlich auf zwei Vorbeständen: Quin gegen Leatham (5. August 1901) und Taff-Vale (22. Juli 1901). Die Kläger behaupteten, die Führer der Föderation hätten sich in böser Absicht verschworen (maliciously conspired), ihre Leute zum Kontraktbruch zu verleiten. Sie machten deshalb die ganze Föderation für den Schaden verantwortlich.

Nach dem Einverständnis beider Parteien wurden die Geschwornen bald entlassen und der Prozeß ganz in die Hände des Richters gelegt. In seinem gestern gefällten Urteile sagt Vigham, es sei wahr, daß die Führer der Föderation die Arbeiter zum Kontraktbruch verleitet haben, aber sie thaten es ohne böse Absicht gegen die Besitzer. Fehlt nun das Moment der Malice, so ist auch keine Verschönerung vorhanden. Die Führer der Föderation haben demnach keine geschwändrige Handlung begangen. Die Regressklage sei deshalb abzuweisen.

Es ist klar, daß die Annahme oder Nichtannahme der bösen Absicht zum größten Teile von der geistigen Richtung und Stimmung des Richters abhängt. Und da die hohen englischen Richter mit der herrschenden Politik eng verknüpft sind, so darf man den Schluß ziehen, daß das von uns signalisierte politische Ermögen der Trades Unions einen starken Eindruck auf die herrschenden Klassen gemacht hat.

Und das ist kein einfacher logischer Schluß. Einen greifbaren Beweis hat Richter Vigham selbst gegeben. Er schloß sein Urteil mit folgenden merkwürdigen Worten:

„Wird dieser Prozeß vor eine höhere Instanz gebracht und mein Urteil umgestoßen, so wird es meine Pflicht sein, in die Frage einzutreten, wie hoch der Schaden zu bemessen sei. Aber auch auf die Gefahr hin, den Vorwurf zu hören, daß ich über die mir gezogenen Grenzen hinausginge, rate ich den Parteien, diese Streitfrage als erledigt zu betrachten. Ich zweifle, ob es nützlich sei, und ich bin sicher, daß es nicht gut ist, bittere Gefühle zu fiedern und die Beziehungen zwischen Besitzern und Arbeitern schwierig und unangenehm zu machen.“

Das ist unabweisbar. Ein hoher und strenger Richter wie Vigham muß wohl Ursache haben, so zu sprechen.

Der Unterschied zwischen England und Deutschland ist so tief wie zwischen Demokratie und Polizeistaat. In einer Demokratie ist der Richter auch Bürger, der den Buchstaben des Gesetzes opfert, um die großen Interessen der herrschenden Klassen nicht zu gefährden. In einem Polizeistaat ist der Richter ein Bürokrat, dessen Welt die Kanzlei ist; ihm ist der Buchstabe heilig, und der Luftzug von oben dreimal heilig.

Nicht das geschriebene Gesetz, nicht die papierne Verfassung — und wenn sie noch so frei wären — machen ein Land frei. Würde es sich nur um das Gesetz handeln, um ein umfangreiches oder beschränktes Wahlrecht etc., so wäre England nicht freier als Deutschland. England hat sogar kein allgemeines Wahlrecht. Aber England ist eine Demokratie. Die Machtvollkommenheit liegt im Parlamente. Jede Bewegung, die auf eine Aenderung in der Zusammensetzung des Parlaments gerichtet ist, wird sofort empfunden und beachtet. Die Vorgänge in dem entlegenen Mittelmeer haben in den leitenden Kreisen Englands viel mehr Aufregung hervorgerufen, als die Entsendung von 80 socialdemokratischen Abgeordneten in das deutsche Reichsparlament in Deutschland hervorrufen würde. Die Hauptsache ist die Uebertragung der Machtvollkommenheit von der Krone aufs Volk. Erst dann sind Wahlen achtunggebietende Aeußerungen des Volkswillens, denen sich jeder Bürger beugt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. August.

Der theologische Vallin-Kurs.

Die protestantische liberale Theologie hatte seit geraumer Zeit, so schwachmüthig, halb und zaghaft sie war, einen schweren Stand. Die Orthodoxie war oben beliebt, und so besetzte man zwanagsweise möglichst viele Lehrstühle an den Universitäten mit möglichst dunklen Dunkelmännern. Herr Harnack, der jetzt Ritter des Ordens pour le mérite geworden ist, galt einst als der leibhaftige Gotteseidene, als Keher und beinahe Atheist. Inzwischen ist eine merkliche Wendung eingetreten. Der Kaiser plaudert nicht nur gern mit Herrn Vallin, sondern auch mit Herrn Harnack. Und selbst dem gar der Prof. Deligisch am Hofe seinen Vortrag halten konnte, in dem er nachwies, daß die Bibel nicht aus der Offenbarung, sondern aus — Assyrin stammt, ist bei der Orthodoxie Heulen und Zähneklappern eingelehrt.

In recht ergötzlicher Weise berichtet das „Evangelische Gemeindeblatt“ für das Herzogthum Braunschweig über diesen Umkehrung:

„Immerhin ist durch manche kirchlich-konservative Kreise ein Erschrecken gegangen, das uns fast ein wenig seltsam ammutet. Nachdem seit mehr als einem Menschenalter die alte Theologie in der Bestimmung des Hofes einen starken Stützpunkt gefunden hatte, nachdem namentlich bei den Besetzungen der theologischen Professuren alles Erdensüßliche geschieden war, um die moderne Theologie niederzuhalten, scheint man zu fürchten, es könnte sich ein „liberales“ Regiment vorbereiten! Interessant war besonders in dieser Beziehung die bekannte gewordene Herrenhausdebatte über die theologischen Professuren. Da sagt einer von den alten Mittern des Herrenhauses — übrigens, soweit wir urtheilen können, ein unbedingt ehrlicher, aberzeugter Vertreter dessen, was für ihn evangelisches Christentum ist, — über den Unglauben, der auf den Kathedern gelehrt wird. Er zieht die völlig richtige Folgerung: wird dergleichen von den berechtigten theologischen Dozenten gelehrt, so können wir den Geistlichen nicht zumuten, daß sie das alles für Tugend und Gottlosigkeit achten, so wie sie den Chornantel anziehen. Kurzum, der Mann spricht nur aus, was hundert Pastoral-Konferenzen, was „Reichsbote“ und „Kreuz-Zeitung“, was eine weitverbreitete kirchliche Zeitschriften-Litteratur von Luther und Stöcker an bis herab zu den populären Blättern ihren Lesern beifällig vortreiben. Und er spricht es aus an der Stelle, wo er meinen mußte, der stärksten Resonanz sicher sein zu können, im Preussischen Herrenhause, an der Stätte, wo der Geist derer von Senft-Bilsack und von Kleist-Regow noch am unbefränktesten herrscht. Aber was geschieht, wie es geendet? Für ihn erkläre ich mich auch nicht einziger; im ganzen Herrenhause findet sich niemand, der er wasagen möchte, zu seinen Gunsten öffentlich aufzutreten. Dagegen widererheben sich gegen ihn erklärte, findet er in Menge. An ihrer Spitze den Kultusminister Studt selbst, einen Mann, der noch neulich in Halle zum Nachfolger des Beschlages einen Mann der Rechte ernannt hat und zwar gegen den einmütigen Wunsch der Fakultät, einen Mann, der der korrekten Bürokratie der alten Schule ist und darum auch kirchlich den Paragrafenstandpunkt vertritt. Und der Mann erklärt laut lächelnd, auf den Universitäten seien moderne und traditionelle Theologie völlig gleichberechtigt, und er werde keinen Unterschied zwischen ihnen machen! Und ihm sekundiert der Präsident des Oberkirchenrats, Barkhausen, und der geistliche Berater der königlichen Familie, Dryander, nicht minder als der Vertreter der Universität Halle, Professor Löning. Es sind alle keine Umstürzler, weder auf kirchlichem noch auf staatlichem Gebiete, die im Herrenhause geredet haben; es sind vielmehr gut konservative Leute. Aber die Achtung der modernen Theologie, die wollen sie nicht mitmachen. Nur gegen exzessive Elemente soll eingeschritten werden, freilich nicht mit staatlichen, sondern nur mit kirchlichen Mitteln. Der Jupiter tonans hat mit den Augenwimpern gezuckt! Da sind sie alle umgefallen, alle, die nach oben schauten! Das hat alles Babel und Babel gethan!“

Der Fall ist deshalb nicht ganz gleichgültig, weil er zeigt, wie sehr die Entwicklungen des Kaisers die öffentlichen Verhältnisse bestimmen. Ueberall da, wo sich ein Umschwung vollzieht, für den man keine Erklärung findet, hat der Kaiser am Steuer gefesselt. Politik, Kunst und Wissenschaft sind stolz darauf, die Lurus des Kaisers zu tragen, und immer finden sich Leute, die das schnelle Umstürzen gründlich verstehen.

Heute hätten die Sonden und Schmidt mit dem Bekenntnis zur Orthodoxie bei der Hofgesellschaft kein Glück, sie müßten schon Harnackisch tänzeln oder mit Deligisch aufgellert die Bibel von Babel ableiten. Inbessenen auch dieser Liberalismus wird nie eine tatsächliche Macht werden. Der Traum von geistlichen Liberalismus ist ebenso illusionär wie der vom weltlichen Liberalismus. Mit dem einen wird angenehm geplaudert, die andern aber herrschen!

Zur Vollenbung des Volksgeschäfts schlägt die „Kreuz-Zeitung“ vor, eben so wie es das Centrum beabsichtige, auch die andern völkfreundlichen Fraktionen vor Beginn der zweiten Kommissionslesung zusammenzutreten und ihren in die Kommission entsandten Mitgliedern weitere Direktiven geben sollen. Im Anschluß hieran möge sogleich eine Verständigung von Fraktion zu Fraktion stattfinden. Dann aber sei zu hoffen, daß endlich auch die verabschiedeten Regierungen ein Entgegenkommen beweisen werden. Der „Schles. Jg.“ wird aus Berliner konservativen Kreisen geschrieben, die Konservativen sowohl wie das Centrum sind fest entschlossen, an dem Kompromiß über die Getreide- und Viehzölle festzuhalten, und man erwartet auf dieser Seite ein Entgegenkommen der Regierung“. Es werde, sagt das Schlesische Blatt weiter, „nun alles darauf ankommen, einen Weg zu finden, um zwischen dem bisherigen „Unannehmbar“ der Regierung und den Kompromißbeschlüssen der Kommission einen Ausgleich herbeizuführen. Die letzteren Worte stehen im Widerspruch mit den vorhergehenden, aber alle diese Aeußerungen

der konservativen Organe zeigen, daß alle Beteiligten des Volkswunders allen Eifer betätigen werden, um eine Einigung herbeizuführen und ihr Werk zu vollenden. Das ist auch ganz natürlich und selbstverständlich, denn wegen einiger Differenzen, selbst wenn sie nicht gering sind, wird man die gewaltige Wucherbeute sich nicht entgehen lassen wollen. Nur durch den unverminderten Widerstand der Massen des Volkes kann der brutale Pfländerungsplan zu Schanden werden! —

Deutsches Reich.

Boulanger-Schnurren. Die „Konservative Korrespondenz“ — sie muß die Ferkeln in einem Schwefelbad zugebracht haben — findet eine Erinnerung der unzurechnungsfähigen „Deutschen Zeitung“ interessant:

„Als General Boulanger nicht mehr Kriegsminister war und von verschiedenen französischen Zeitungen wegen seiner Thätigkeit in dieser Stellung angegriffen wurde, zählte er seine Verdienste als Kriegsminister auf und erwähnte dabei unter anderem, daß er für den Kriegsfall Verbindungen mit deutschen Socialdemokraten angeknüpft hätte. Diese Aeußerung wurde damals wenig beachtet: den Freunden der Socialdemokratie war sie wohl unbedeutend und wurde daher totgeschwiegen; andre Blätter mögen sie für etwas unbedeutend betrachtet haben. Nach der kautschukischen Schrift erscheint aber Boulangers Behauptung über die Führer der Socialdemokraten durchaus nicht so ungläubwürdig. Auch auf einem socialdemokratischen Parteitag wurde das Verhalten der Socialdemokraten bei einer Mobilmachung zur Sprache gebracht; der Vorsitzende, Herr Singer, schmit aber ein weiteres Eingehen auf diese Frage kurzerhand ab, wohl damit sich niemand verplappere.“

Der Kohl, der hier aufgewirrt wird, ist vor dreizehn, vierzehn Jahren zum erstenmal auf den unsauberen Herd der reaktionären Hegenläge gesetzt worden. Es ist nicht wahr, daß sie damals wenig beachtet oder gar totgeschwiegen wurde. Dazu war sie viel zu spähhaft. Man hat zu jener Zeit ausgiebig und herzlich über sie gelacht und die Angelegenheit festgesetzt.

Der brave General, der offenbar wegen seiner phantastischen Dummheit heute zum Schwurzeugen des amtlichen Organs der konservativen Partei Deutschlands befördert worden ist, hat in der That durch diese Erzählung seine zusammenbrechende Popularität wieder aufzurichten versucht. Wie es scheint, haben ihn inhaltlich einige Polizeispitzel gerupft. Die Socialdemokratie überläßt solche Hochverrätherischen Durchstichereien gern den Fürsten und Feudalen, zu deren Mißzeug sie gehören.

Es wird der „Konservativen Korrespondenz“ nichts andres übrig bleiben, als dem Wag Lorenz oder dem Esterhazy — der Herr z hat sich ja leider den Hals abgeknitten — den Ausruf zu geben, die Beweis-papiere für jene Verleumdungen Boulangers mit der deutschen Socialdemokratie herzustellen. Der Mann kann denn auch gleich jene fabelhafte Parteitag-Verhandlung mittheilen, von der die „Deutsche Zeitung“ ohne Ort und Zeit redet. —

Bekannt. In der „Kreuz-Zeitung“ beweist seit längerem der Professor Dr. Theodor Schiemann außergewöhnliche Nicht-Befähigung, indem er die Fragen der auswärtigen Politik in fächerlich langen und langweiligen Wochenschriften behandelt. Aber Herr Schiemann hatte das Glück, daß einige polnische Studenten, die seine Vorlesungen hörten, ihren Unwillen gegen die antipolnisch-fakultätischen Bestimmungen des Professors allzu laut bekundeten, woraus ein kleines Standälchen entstand, das nach tapferer Preußen-art damit endete, daß man eine Anzahl polnischer Studenten von der Universität verwies und aus dem Lande jagte. Herr Schiemann darf den jungen polnischen Studenten sehr dankbar sein, ihre Thorheit machte ihn zur „Lagegröße“ und ließ seine Bestimmungslüchtigkeit in diesen Tagen des Antipolentums hell erstrahlen. Jetzt erreicht ihn weiterer Lohn, indem er auf Grund besonderer Ermächtigung des Königs vom außerordentlichen zum ordentlichen Honorarprofessor an der Berliner Universität ernannt worden ist. Diese Ernennung gewinnt erhöhtes Interesse durch die Mitteilung, daß die Vorschläge der Fakultät sich in anderer Richtung bewegt haben“. Die Gelehrten der Berliner Universität werden die antipolnische Geschichtswissenschaft hoffentlich ohne gar zu große Beschwerde zu extrahieren wissen. —

Der Duellheld. In Posen waren es die Offiziere, deren Getuschel über die „neue Uebersetzung“ im Steuerdirektorium den Entwürfsfeldzug gegen die untauglichen Heraldischen des Steuerdirektors Wöhning einleitete. Wenn aber ein Offizier das Geis bricht, indem er einen Menschen in Duell tötet, und nach verübter Anstandsstrafe in die Garnison heimgekehrt, dann verwandelt sich die Entwürfsung, die dort den Erfüller einer moralischen Selbstverständlichkeit traf, in begehrteste Huldigung für den überführten Gesetzesbrecher. Aus Gumbinnen wird der „Berl. Jg.“ geschrieben:

„Im Offizier-Kasino an der Kaiser Straße in Gumbinnen ging es gestern flott her. Lustige Weisen gab die Militär-Kapelle des Artillerie-Regiments 1 im Kasino-Garten zum besten; wiederholt ertönten Hochs und Hurras. Die Teilnahme der Anwohner stieg, als in der neunten Abendstunde eine Abteilung Artillerie — 20 bis 30 Mann — zu Pferde in Gala mit Haarbüsch anrückte, einen Offizier in vierspänniger Equipage zum Bahnhof eskortierte und sich von dem Injassen des Wagens mit dreimaligem Hurra verabschiedete. Der Injasse war nicht etwa, wie man nach der Begleitung annehmen mußte, ein geköntes Haupt, sondern — der soeben bequadigte Duellant Oberlieutenant Hildebrand.“

An der Feier für den Lieutenant Hildebrand nahmen aber nicht nur jüngere Offiziere teil, sondern auch die Kommandeure der 2. Kavalleriebrigade, Generalmajor v. Willig, und der 2. Feldartilleriebrigade, Generalmajor Gromm.

Während darf für das Verhalten der Offiziere allerdings in Betracht kommen, daß ihre Auffassungen über das schwere Verbrechen ihres Duellkameraden durch die eilige Bequadigung desselben bekräftigt werden mußten. Selten haben sich die äbsten Wirkungen der Bequadigungen so unmittelbar bekundet als in diesem Fall. —

Wie man germanisiert. Nach einer Meldung aus Posen lauften der Pöle v. Elasi für eine Million Mark aus deutschen Händen die Herrschaft Groß-Jautz, Kreis Rosenberg in Westpreußen. Vermuthlich wird nun die Ansteldungs-Kommission das Gut mit zwei Millionen wieder — germanisieren. —

„Verbrecher“ und „Zuchthausbesen“. Aus der Pfalz wird uns geschrieben: Das Kriegsgericht der 3. bairischen Division in Landau i. P. das es durch seine Konstruktion der „minder schweren Fälle“ zu einem gewissen Ruf bedroht hat, hat dieser Tage wiederum ein Urteil gefällt, das Aufmerksamkeit erregen dürfte.

Wegen Verleumdung Untergebener und Mißbrauch der Dienstgewalt hatte sich der 24 Jahre alte Lieutenant Wilhelm Richter von der 1. Eskadron des 3. Chevaulegers-Regiments zu verantworten. Der Herr Lieutenant hatte am 20. Mai eine Abteilung von 30 Mann nachgezogen zu lassen, was ihm jedenfalls kein besonderes Vergnügen bereitet. Einer der Soldaten, der an einem Furunkel am Gesäß litt, ersuchte ihn während des Gezerens anstretzen zu dürfen. „Du Verbrecher“ bleibt da bis zuletzt“, lautete die Antwort des Herrn Lieutenants. Als der arme Teufel bei einem Aufschritt wegen der Schmerzen, die er litt, der Abteilung nicht folgen konnte, trieb ihn der Herr Lieutenant mit dem Säbel, mit dem er ihn auf das Gesäß schlug, zu größerer Eile an. Einen andern Soldaten stillerte der Herr Offizier nicht bloß „Verbrecher“, sondern auch „Stromer“, „Vagabund“, um ihn schließlich zum „Zuchthausbesen“ zu ernennen. Für all diese Liebenswürdigkeiten erhielt der Herr Lieutenant ganze 12 Tage Stubenarrest. Diese ungewöhnliche Milde, die in gar keinem Verhältnis zu der Schwere der Verleumdungen wehrlos untergebener steht, hat sogar das Mißfallen bürgerlicher

Blätter hervorgerufen. „Was soll denn das Volk von einer solchen Bestrafung denken?“ fragt eines dieser Blätter.

Landmann in den Ruhestand versetzt. Der beurlaubte Minister v. Landmann ist nunmehr, wie sich das „Berliner Tageblatt“ melden läßt, durch ein Handschreiben des Prinzregenten vom 8. August bis auf weiteres in den Ruhestand versetzt worden. Die Versetzung erfolgte ohne die Verleihung eines Ordens. Gleichzeitig wurde der als Nachfolger Landmanns bereits designierte bayerische Gesandte in Wien, Fehr v. Podewils, zum Kultusminister ernannt. Andererseits ist von der Regierung das Vorgehen des Reichsbürger-Senats gegen Landmann mißbilligt worden. Durch eine Ministerialentscheidung vom 9. August ist die von dem Rektor und neun Mitgliedern des Senats abgegebene Protestklärung nach Form und Inhalt ernstlich mißbilligt worden. —

Auf eigenartige Weise ist eine Majestätsbeleidigungs-Klage zu stande gekommen, die auf Veranlassung der Braunschweiger Polizei durch die Münchener Staatsanwaltschaft gegen den in München lebenden jugendlichen Schriftsteller Friedrich Benz eingeleitet worden ist. Benz, ein Hypermoderner, hatte eine Reihe von Dichtungen veröffentlicht, die u. a. von R. G. Conrad in der „Gesellschaft“ ihres philosophischen Gehalts wegen besprochen worden waren und die auch den in Braunschweig lebenden, ebenfalls noch jugendlichen Herausgeber der „Stimmen der Gegenwart“, Karl Hartmann, veranlaßten, mit Benz in Korrespondenz zu treten. In einem Brief an Hartmann erwähnte Benz auch die bekannte Kunstrede des Kaisers vom Februar d. J., deren Inhalt er mit einem kräftigen vulgären Ausdruck feilscherte. Dieser Brief soll nur bei einer Hausdurchsuchung, die bei Hartmann vorgenommen wurde, in die Hände der Polizei gefallen und von dieser in der oben erwähnten Weise verwertet worden sein. Vermuthlich wird nun also durch einen Gerichtshof der fünfzehnjährigen Stadt München entschieden werden, daß die Kunstausäußerungen Wilhelm II. über jede, wenn auch nur private Kritik zeitgenössischer Kunstschaffener erhaben sind. —

Ein Zusammenbruch.

Aus München wird uns geschrieben: Schneller noch als die Politik der But rächt sich am bayerischen Centrum die Behandlung, die es den Staatsbediensteten angedeihen ließ. Es wurde an dieser Stelle schon berichtet, wie die Art und Weise der Entledigung der Wohnungsgeldvorlage eine ungeheure Erregung unter den Angestellten hervorrief. Die nächste Folge ist nun, daß die Existenz der beiden großen ultramontanen Bindungen, des „Eisenbahner“ und des Postverbandes ernstlich gefährdet erscheint.

Schon bei der Beratung des Postetats im Landtage kam es zu heftigen Szenen, weil die Liberalen dem Centrum vorwarfen, dieses habe den Angestellten große Versprechungen gemacht, die nicht erfüllt wurden. Abg. Schirmer, der Gründer und Sekretär des Postverbandes stellte dies entschieden in Abrede. Es wurde ihm jedoch an mehreren Beispielen nachgewiesen, wie man speziell für den Postverband durch große Versprechungen Mitglieder einzusaugen suchte. Ein Abgeordneter forderte in Amberg die Postbeamten sogar auf, nur nicht locker zu lassen, dann werde ihr Recht schon zum Sieg kommen.

Der Hauptwunsch aller Staatsangestellten erstreckt sich aber auf die Verbesserung der Gehaltsverhältnisse, die in Form von Wohnungsgeldzuschüssen in Aussicht gestellt war. Wie die Hoffnungen der Leute gerade in dieser Richtung vom Centrum enttäuscht wurden, haben wir schon berichtet. Merkwürdigerweise war es bei den Verhandlungen über die Wohnungsgeldvorlage gerade der Abgeordnete Schirmer, der Sekretär des Postverbandes, der schloß.

Abg. v. Vollmar konstatierte sofort diese Thatfache. Man erwiderte ihm, Schirmer sei krank. Und das von diesem redigierte Organ des Postverbandes teilte einige Tage später mit, Schirmer sei infolge seiner aufreibenden Thätigkeit im Dienste der Arbeiter und Bediensteten gesundheitlich völlig zusammengebrochen. Gleichzeitig unterrichtete aber auch „Der Eisenbahner“ seine Leser, daß der ultramontane Eisenbahner-Verbandssekretär Schmidt erkrankt ist und auf ärztliche Anordnung bis auf weiteres seine Thätigkeit einstellen muß.

Daß diese anfallenden Erkrankungen der beiden christlichen Arbeiterführer ihre ganz besonderen Gründe haben müssen, vor den Eingeweihten sofort klar. Die „M. A. R.“ erhielt eine Meldung, wonach Herr Schirmer erst am Tage, da über die Wohnungsgeldzuschüsse beraten wurde, mit einem andern Herrn das 2300 Meter hohe Reibhorn im Allgäu bestiegen hatte!

Positive Thatfache ist, daß in den beiden Verbänden eine Strömung immer stärker wird, die dahin gerichtet ist, die ultramontanen Führer zu beseitigen. Diese Strömung ist, wie uns genau bekannt ist, im Eisenbahner-Verband besonders stark. Aber auch im Post-Verband scheint es heftige Vorwürfe zu geben, denn das Verbandsorgan macht u. a. die Bemerkung: „Wenn es jemand nahe gegangen ist, daß besonders die Großstadtbediensteten, deren Misere er besser wie jeder andere kennt, entweder leer ausgehen oder mit einer almosenähnlichen Summe abgefunden werden — dann war es der Verbandssekretär.“

Wenn die Leistungen des Centrum von den eignen Organen in solcher Weise kritisiert werden, dann ist es wachsam sein Wunder, daß die stolzen Hoffnungen, die man einst auf die Bedienstetenverbände setzte, schon jetzt zusammenbrechen müssen. —

Heilbronn, 10. August. (Fig. Ver.) Der völksparteiliche Landtags-Abgeordnete für Heilbronn, Amt Robert Wänzing ist im Alter von 58 Jahren in Heilbronn gestorben. Er gehörte zu den Heben Schwaben, die im vorigen Jahre im Landtag gegen die Mehrheit ihrer Fraktion für Erhöhung der Getreidezölle stimmten. Der Wahlkreis ist nicht aussichtslos für die Socialdemokratie. Bei der letzten Wahl konnte Wänzing sein Mandat erst in der Stichwahl mit einer ganz geringen Mehrheit gegen unsern Schäßler-Heilbronn behaupten. Es ist selbstverständlich, daß unsere Genossen sofort ihre Vorbereitungen treffen und ihre Pflicht thun werden. —

Ausland.

Frankreich.

Ein dienstweigernder Oberlieutenant. Aus Cannes wird vom Sonntag gemeldet: Der Präfeldt eruchte den General Frater, nach Ploemel eine Abteilung Kavallerie zu entsenden, um die Beförden bei der Ausübung des Vereinsgesetzes zu unterstützen. General Frater beauftragte den Oberlieutenant de Saint Rémy, den Kommandeur des zweiten Jäger-Regiments in Pontivy, sich mit einer Abteilung des Regiments dem Unterpräfeldt zur Verfügung zu stellen. Oberlieutenant de Saint Rémy verweigerte jedoch den Gehorsam und erklärte, seine religiösen Gefühle unterlagten es ihm, bei der Schließung der Kongregationschulen hilfreiche Hand zu bieten. General Frater sandte darauf einen Schwabronnenführer nach Ploemel. Oberlieutenant de Saint Rémy wird nach dem Fort von Belle-Isle-en-Mer gebracht und später wegen Gehorsamsverweigerung vor ein Militärgericht gestellt werden. —

Der Konflikt mit Siam wird von dem in Marseille angekommenen französischen Gesandten in Siam, Mokolowski, der übrigens keineswegs die diplomatischen Beziehungen mit Siam abgedrochen, sondern lediglich seine jährliche Erholungsreise angetreten hat, als ziemlich harmlos dargestellt. Mokolowski erklärte, die Schwierigkeiten, die sich bei den Verhandlungen über gewisse Angelegenheiten herausgestellt haben, seien durchaus nicht unüberwindbar. —

Italien.

Agrarstreik. Schlimme Nachrichten kommen aus der Provinz Apulien, wo es zwischen streikenden Landarbeitern und der bewaffneten Macht zu blutigen Zusammenstößen gekommen ist. In

Cassano stehen 400 Bauern mit Gendarmen zusammen, die letzteren machten von ihren Waffen Gebrauch und mehrere der Streiter blieben tot auf dem Platze. In Mansueta versammelten sich die zahlreichen Arbeiter, zogen vor das Rathaus und verlangten Arbeit. Nach zwei und drei Tagen sind Kruppen abgegangen. — In der Umgebung von Ravenna ist der Streik der Landarbeiter und Bauern fast allgemein, die Grundbesitzer weigern sich, Lohnerdhörungen einzutreten zu lassen. Mehrere Zuckerrüben haben schließen müssen wegen Mangels an Räden.

England.

Ueber Englands antilegale Politik in Persien erklärte Balfour in seiner schriftlichen Antwort auf die von Gibson Bowles seiner Zeit im Unterhause gestellte Anfrage, ob der Regierung bekannt sei, daß die russische Regierung mit Persien über einen Vertrag verhandelt, demzufolge Persien als Gegengabe für die russische Anleihe Schutzvölle auf die aus Britisch-Indien nach Persien eingeführten Waren legen solle, der Regierung sei nichts davon bekannt, daß über irgend einen derartigen Vertrag verhandelt werde; die Regierung wisse jedoch, daß die Regierungen von Rußland und Persien eine Revision des bestehenden Zolltarifs beabsichtigen und daß einige der vorgeschlagenen Völle wahrscheinlich eine ungünstige Wirkung auf die Einfuhr von Waren aus Britisch-Indien haben werden. Die englische Regierung habe sich mit der indischen über den Gegenstand in Verbindung gesetzt.

Rußland.

Ein Protest Tolstoid. Tolstoid hat an den Minister des Innern und an den der Justiz ein Schreiben gerichtet, in welchem er gegen die Verfolgung seiner Schüler und Anhänger protestiert. Er sei für seine Lehre und deren Konsequenzen allein verantwortlich. „Ich bin der allein Schuldige“, schreibt er, „denn ich schreibe die Bücher zu dem Zwecke, meine Ideen, die man für so gefährlich für den Staat hält, zu verbreiten. Wenn es die Regierung für so gefährlich hält, alles mit Gewalt zu unterdrücken, was ihren Anschauungen nicht entspricht, so muß sie den Urheber des Übels treffen, d. h. also mich allein, umso mehr, als ich niemals aufhören werde, das zu thun, was der Regierung so unangenehm erscheint, denn das verlangt von mir meine Pflicht gegen Gott und gegen mein Gewissen.“

Amerika.

New York, 11. August. Einem Telegramm aus Port of Spain zufolge haben die Aufständigen Barcelona (Venezuela) nach dreitägigem Straßenkampf genommen; auf Seite der Regierungstruppen fielen General Bravo und 60 Mann.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitag veröffentlicht der Lokalausschuß das von ihm aufgestellte Programm. Der Parteitag wird in den schönen Räumen der Schwabinger Brauerei abgehalten, wozu die in der Stadt untergebrachten Delegierten und Gäste eine der schönsten Straßen Mündens führt. In der Nähe des Kongresslokales befindet sich das berühmte Ungererbod, der großartig schön englische Garten mit dem Kleinhesselofer See.

Sonntagabend 7 Uhr wird die Konstituierung des Parteitages durch eine Begrüßung der Delegierten eingeleitet. Nach der Konstituierung Konzert und Gesang, Montag, den 15. September, abends, großes Kellereifest im Haderkeller. Mittwoch und Donnerstag nachmittags Ausflug nach Starnberg mit Rundfahrt auf dem See und Spaziergang nach der Rottmannshöhe. Sonnabend, den 20. September, abends 8 Uhr, Volksversammlung im Münchener Kindkeller mit auswärtigen Genossen als Nebener. Sonntag, den 21. September, Almsee auf der Vodenalm bei Schliersee, arrangiert zu Ehren der Delegierten von den Parteigenossen in Miesbach und Hansham.

Der Lokalausschuß wird überdies zur Erinnerung an den Parteitag eine illustrierte Festschrift herausgeben. Der Vorsitzende des Lokalausschusses ist Genosse L. Pidelmann, Sendlingerstr. 20, München.

Konferenz der Socialdemokraten Oberschlesiens.

Der erste Akt der auf Sonntag, den 10. August, nach Neustadt in Oberschlesien einberufenen Konferenz der ober-schlesischen Parteigenossen war sehr kurz, dafür aber um so kennzeichnender für das deutsche Versammlungsrecht. Da den Genossen Neustadts ein größeres Versammlungslokal nicht zur Verfügung steht, mußten sie die Konferenz in das Lokal des Arbeiterclubs Vereins einberufen. Die Delegierten ließen sich als Mitglieder in den Neustadter Wahlverein aufnehmen, entrichteten ihr Eintrittsgeld und nun wurde die Vereinsversammlung eröffnet. Darauf erhob sich der überwundene Deamte, erklärte die anwesenden Delegierten für Nichtmitglieder, weil sie noch nicht polizeilich gemeldet seien, und löste die Versammlung auf. Der Zweck der Zusammenkunft war damit vorläufig vereitelt.

Aber die preussische Polizei hatte ihre Rechnung ohne den österreichischen Witz gemacht. Die Parteigenossen hatten sich auf diesen Fall schon vorbereitet. Nachdem sich die Polizei entfernt hatte, um den am selben Tage stattfindenden Festzug des Wertheimervereins zu beobachten, teilten sich die Delegierten in kleine Gruppen und marschierten in unauffälliger Weise über die österrische Grenze, wo nach zwei Stunden die Verhandlungen in dem Gasthause des Grenzortes Waidorf wieder aufgenommen wurden. Das Bureau der Versammlung bestand aus den Genossen Eder-Neustadt, Reich-Königschütze und Schollhiesl-Königschütze. Nach der Berichterstattung des Genossen Winter über die Lage im ober-schlesischen Revier kam die Frage der nächsten Reichstagswahlen zur Erörterung. An der Debatte beteiligten sich die als Gäste anwesenden Genossen der polnisch-socialistischen Partei Wienickiewicz und Trombalski. Sämtliche Redner der deutschen Socialdemokratie traten für eine Verbindungsaktion ein und ersuchten die polnischen Genossen, die Beschlüsse von Ostwiegen zu übernehmen. Dann sollte eine gemeinsame Konferenz die Kandidaten nominieren. Die anwesenden Delegierten der polnischen Partei erklärten, daß sie eine Zurücknahme der polnischen Kandidaten nicht versprechen können, ebensowenig eine Beschickung der Einigungskonferenz. Nachdem die Konferenz durch diese Erklärung den Beweis erhalten, daß bei der polnisch-socialistischen Partei nicht proletarische, sondern nationale Interessen den Ausschlag geben, nahm sie mit 18 gegen 4 Stimmen (die für eine neue Konferenz eintraten) bei einer Stimmhaltung folgenden Antrag an:

Die Konferenz der Socialdemokratie Oberschlesiens erklärt: Die Beschlüsse der Ostwiegen Konferenz in Bezug auf die Kandidaturen erkennen sie nicht an. Sie erwartet mit Bestimmtheit eine Einigung mit den Anhängern der polnisch-socialistischen Partei, kommt die Einigung nicht zu stande und bleiben die Kandidatenaussstellungen von Ostwiegen bestehen, so werden die Genossen der deutschen Socialdemokratie ihre Kandidaten selbst wählen.

Nach Annahme dieser Resolution verließen die Vertreter der polnisch-socialistischen Partei das Lokal. Wienickiewicz sprach im Abschied noch die Ansicht aus, daß dieser Beschluß in Mitleidenschaft der deutschen Genossen gefaßt sei. (Lebhafte Applaus).

Darauf nahm die Konferenz die Aufstellung der ober-schlesischen Kandidaten vor. Es wurden bestimmt für:

Kreuzburg: Rosenberg; Walter Witt. Reich-Königschütze. Oppeln: Paul Waduschek, Bergarbeiter in Lipine, Kiesel-Groß. Strehlitz: Bergmann Klimainzli. Radowitz. Lublitz: Zoh. Gleiwitz: Dr. Winter. Gutsen. Falkenberg: Grottau: Webel. Gutsen. Tarnowitz: Dr. Winter. Gutsen. Radowitz: Zaborz: Bergmann Polorny. Gwidon. Pisch. Mysina: Bergmann Schollhiesl. Ratibor: Fischer Anton. Ujof. Ratibor. Leobschütz: Weber. Neustadt. Neustadt: Berleger. D. Schütz. Breslau. Reisse: Webel.

Darauf wurde die Bezirksleitung für den ober-schlesischen Regierungsbezirk gewählt. Sie besteht aus fünf Personen: Dr. Winter-Gutsen, Walter Reich-Königschütze, Maurer Waude-Kattowitz, Bergmann Schollhiesl-Königschütze und Bergmann Waduschek-Lipine. Genosse Winter wurde mit der Vertretung der ober-schlesischen Genossen auf dem Parteitag in München beauftragt.

Schließlich nahm die Konferenz folgende Resolution an, die dem Parteitag in München zur Annahme empfohlen wird:

Die Bezirkskonferenz der Socialdemokratie Oberschlesiens beklagt das ruffische Proletariat zu seinem schweren Kampfe gegen Selbstherrschertum und wirtschaftliche Ausbeutung und sendet brüderliche Grüße.

Gleichzeitig giebt der Parteitag seiner lebhaften Enttäufung über die Helfershelferdienste Ausdruck, die den russischen Schergen von ober-schlesischen Polizei-Organen geleistet werden, und verlangt von der deutschen Reichsregierung, daß sie diesem eines Kulturstaates unwürdigen Zustande schleunig ein Ende bereite.

Gegen 12 Uhr wurde die Konferenz geschlossen, die von 28 Delegierten aus sieben ober-schlesischen Wahlkreisen besetzt war. Die Genossen traten gemeinsam den Heimweg ins geliebte deutsche Vaterland an, die Polizei hatte inzwischen das Vereinstokal bewacht.

Eine Konferenz für den 8. und 10. Schleswig-Holsteinischen Wahlkreis (Altona und Alsborg) beschäftigte sich mit der Frage der Beschaffung reichlicher Geldmittel für die Agitation. Es wurde folgende Resolution dazu angenommen:

In Rücksicht auf die stetig wachsenden Anforderungen, die an die Agitationsfonds der örtlichen und der Wahlkreis-Organisationen sowie der Gesamtpartei gestellt werden, ist es unbedingt geboten, die regelmäßigen Beiträge in den socialdemokratischen Vereinen zu erhöhen. Insbesondere spricht dabei die Erwägung mit, daß es unabweisbare Pflicht jeder einzelnen Parteigenossenschaft und jedes Wahlkreises ist, in stetig wachsendem Maße auch der vom Parteivorstand verwalteten Kasse gerecht zu werden.

Die Teilnehmer der Konferenz sind hiermit angewiesen, in diesem Sinne in ihrer Organisation zu wirken. Die Konferenz erachtet alle socialdemokratischen Organisationen des achten und zehnten Schleswig-Holsteinischen Wahlkreises verbunden, dieser Mahnung sofort zu entsprechen.

Die socialdemokratischen Vereine der beiden Kreise haben 5046 Mitglieder gegen 4253 im vorigen Jahre. Der Vertrauensmann nahm im letzten Geschäftsjahre 6331 M. ein. Der Kassendebetrag beträgt zur Zeit 1296 M. Die Parteiblätter hatten in den beiden Kreisen zusammen 5398 Abonnenten. Socialdemokratische Gemeindevorsteher giebt es jetzt in Wandsbeck einen und in 9 Landgemeinden 20. Gemeindevorsteher sind in den beiden Kreisen 10.833 Arbeiter organisiert. Als Kandidaten für die bevorstehenden Reichstagswahlen wurden für den 8. Kreis der seitherige Vertreter, Genosse Frohmé, und für den 10. Kreis Genosse Lesche, der schon mehrfach in diesem Kreise kandidiert hat und jetzt hoffentlich gewählt werden wird, einstimmig aufgestellt.

Die Kreis-Konferenz für den Wahlkreis Gießen-Grünberg stellte als Reichstagskandidaten den Genossen Kaufmann Eduard Krumm in Gießen auf.

Der Parteitag für die Provinz Ostpreußen findet am 7. September in Königsberg statt.

Partei-Presse. Aus der Redaktion der „Norddeutschen Volksstimme“ in Bremerhaven ist der Genosse W. Dittmann ausgeschieden, um in die Redaktion der „Vergischen Arbeiterstimme“ in Solingen einzutreten.

Totenliste der Partei. Die Dresdener Genossen haben den Tod eines braven Mitstreiters zu beklagen, des Kolporteurs A. E. Weichelt, der einem schweren Herzleiden erlegen ist. — Weichelt ist der älteste Kolporteur der Arbeiterpresse in Dresden. Vom Erscheinen der ersten Nummer des ersten socialdemokratischen Organs — „Volksbote“ im Jahre 1871 — bis an sein Lebensende hat B. der Arbeiterpresse als Ausdräger gedient, und treu und gewissenhaft nach jeder Richtung hin seine Pflicht erfüllt. Was das in den Sturm- und Drangjahren — die ja noch gar nicht so sehr lange überstanden sind — hier zu bedeuten hatte, werden besonders die älteren Dresdener Parteigenossen zu würdigen wissen. Aber auch sonst war Weichelt ein unermüdblich thätiger, pflichterfüllter und gewissenhafter Förderer der Arbeiterfrage. Die Dresdener socialdemokratischen Arbeiter, besonders die ihn näher kannten, werden Weichelt immer in gutem ehrenvollen Andenken behalten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wohlfahrts-polizeiliche Fürsorge.

In Staßfurt im Bezirke der Amtshauptmannschaft Leipzig wollte der dortige Arbeiterverein in dem einzigen Lokale, das den Arbeitern dort zur Verfügung steht, eine öffentliche Versammlung abhalten. Sie wurde verboten durch folgende Verfügung an den Emdenrufer:

Leipzig, den 2. August 1902.

An Herrn Rauer Rog. Rahn in Staßfurt.
Die königl. Amtshauptmannschaft untersagt hiermit auf Grund von § 12 des Vereinsgesetzes die von Ihnen für den 3. August 1902 angemeldete öffentliche Versammlung — über welche die Anmeldebekundigung beifolgt — weil nach den angefertigten Erörterungen die künftige Restauration mit ihren beschränkten Räumlichkeiten zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung nicht geeignet ist. Es sind nur zwei Räume vorhanden, die Gaststube und die Gesellschaftsstube; erstere ist nur 7 Meter lang und 4,20 Meter breit, letztere nur 6 Meter lang und 3,35 Meter breit. Auch hat die Gaststube nur eine Eingangstür und keinen weiteren Ausgang.

Bei der letzten öffentlichen Versammlung in Staßfurt sind über 70 Personen anwesend gewesen.

Unter diesen Umständen würde die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung in der künftigen Restauration, insbesondere für den Fall des Ausbrechens eines Feuers mit einer dringenden Gefahr für die öffentliche Sicherheit verbunden sein. Sie wird deshalb aus wohlfahrts-polizeilichen Gründen verboten.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Es ist nicht selten, besonders in Sachsen, daß man dort den Socialdemokraten solche reichliche wohlfahrts-polizeiliche Fürsorge angedeihen läßt; im vorliegenden Falle ist die „Leipziger Volkszeitung“ in der Lage, an einem Beispiele zu zeigen, daß andre Leute weniger — beschützt werden. Am 3. Juni 1902 richtete nämlich der Arbeiterverein Staßfurt eine schriftliche Eingabe an die Amtshauptmannschaft, worin mitgeteilt wurde, daß sich im Gasthof „zur gelben Linde“ auf einem Strohhoden ein Massenquartier polnischer Arbeiter befindet, auf welchem Boden geraucht wird und auch Lampen brennen. Aber nicht einmal eine Treppe ist vorhanden; die Leute müssen auf einer Leiter hinaufklettern. Seit Abendung der Eingabe sind mehr als zwei Monate verstrichen, doch ist weder ein Weisheit auf die Eingabe eingegangen, noch ist Abhilfe geschaffen worden.

Es ist noch immer die alte sächsische Weisheit, die vor Jahren das sächsische Regierungsorgan, die „Leipziger Zeitung“, als Ausfluß höchster Regierungspolizeiweltigkeit proklamierte: Niemals zu ehrlich zu sein.

— Das schlechte Wasser in Halberstadt war Gegenstand einer Lokalausschuß in der Magdeburger „Volksstimme“ gewesen. Daburh hatte sich der erste Bürgermeister von Halberstadt beleidigt gefühlt, und der Redacteur des Blattes, Genosse Marwald, wurde dafür von der Strafkammer in Magdeburg wegen formaler Beleidigung zu 200 M. Geldstrafe verurteilt.

Aus Industrie und Handel.

Deutsche Genossenschaftsbank Börgel, Parrissin u. Co. Den Ueberrassungen, welche die letzten Geschäftsberichte verschiedener großer Gesellschaften veranlassen, ist alsbald eine neue gefolgt. Die Deutsche Genossenschaftsbank, die von freimüthiger Seite ins Leben

gerufen worden ist, um eine Centralstelle für jene Genossenschaften zu bilden, die sich mit Bankgeschäften befassen, dem Zuge des heutigen Bankwesens folgend sich aber seit langem mehr und mehr der Beteiligung an industriellen Unternehmungen zugewandt hat, veröffentlicht für das erste Halbjahr 1902 einen Geschäftsbericht nebst Bilanz, die nach Abzug des Gewinnes von 800 000 M. einen Verlust von 2 670 000 M. aufweist. Zugelassen wird die Schuld an diesem Verlust der Geschäftsführung des aus der Genossenschaft ausgeschiedenen persönlich haftenden Gesellschafters Siebert, über dessen Thätigkeit der Bericht folgendes Urteil fällt: „Die Entziehung der Verluste ist im wesentlichen auf die Geschäftsführung des persönlich haftenden Gesellschafters Herrn Siebert zurückzuführen, dem in wichtigen Angelegenheiten leider zu freie Hand gelassen worden ist. Herr Siebert ist infolge dessen aus der Gesellschaft ausgeschieden. Als wir, veranlaßt durch die Veränderung unserer Personalverhältnisse in der Berliner Direktion und zugleich infolge der Erkennung des Herrn Siebert, die in Frage kommenden Geschäfte einer erneuten Prüfung unterzogen, stellte es sich heraus, daß wir bei der bisherigen Wertung und bei Verteilung mehrerer Konten großen Teils von unrichtigen und unzutreffenden Voraussetzungen ausgegangen sind, die auf den Aufschauungen des Herrn Siebert beruhten, sich aber nicht als stichhaltig erwiesen und einer gründlichen Korrektur bedürften. Die entstandenen Verluste betreffen hauptsächlich unsere Beteiligungen und Forderungen an die Gewerkschaft Kiffhäuser, die Accumulatorenwerke „Watt“, die Spiritus-Gläsler-Gesellschaft F. Schuchardt u. Co., sowie einige zum Teil mit diesen Engagements zusammenhängende Debitoren.“

Die Beteiligung an der Gewerkschaft Kiffhäuser nebst den als wertlos zu erachtenden Forderungen an das Konsortium der Aug. Becker beträgt 1 101 000 M., die Beteiligung an den Watt-Accumulatoren-Werken ungefähr 1 500 000 M., wovon 500 000 M. durch eine Kautionshypothek gesichert sind, die Forderung an F. Schuchardt u. Co. 330 000 M., von denen 300 000 M. in Reserve gestellt werden sollen. Zu diesen Verlusten kommen weitere Rückstellungen auf die übrigen Debitoren im Betrage von 250 000 M. und ferner an Abschreibungen auf Effekten und Beteiligungen 920 000 M. Der Gesamtbetrag stellt sich auf circa 3 470 000 M., von denen 800 000 M. durch den erzielten Gewinn gedeckt werden, so daß ein Verlust von 2 670 000 M. bleibt, der dem Reservefonds entnommen werden soll, der dann nur noch mit zwei Millionen Mark dotiert ist.

Ingleich schlägt der Bericht eine Reduktion des Aktienkapitals von 80 auf 30 Millionen Mark vor. „Die Erfahrungen der letzten Jahre“, heißt es, „haben gezeigt, daß es für ein Institut von dem Umfange des unsrigen nicht unbedenklich ist, das Konsortial- und Beteiligungsgeschäft in dem bisherigen Umfange zu pflegen. Wir haben uns daher entschlossen, in Zukunft unsere Thätigkeit auf diesem Felde einzuschränken und uns in erhöhtem Maße der Pflege unseres eigentlichen Geschäftsbereiches, dem Verkehr mit den Genossenschaften, zuzuwenden. Für diesen Zweck ist der Betrag unseres gegenwärtigen Aktienkapitals in dessen zu hoch bemessen. Und da bei dem bescheidenen Nutzen, welchen das reine Contocorrentgeschäft abwirft, die Rente von einem Kapital, das höher ist, als dem absoluten Bedürfnis entspricht, eine zu geringe sein würde, so haben wir in Aussicht genommen und schlagen der Generalversammlung vor, unser Aktienkapital durch Rückkauf von Aktien bis zu sechs Millionen Mark bis auf 30 Millionen Mark herabzusetzen. Der Ankauf soll zu 102 Proz. auf vorgängiges Angebot bei der Gesellschaft — Zahlung franco Zinsen nach Ablauf des Speerjahres — erfolgen.“

Die Genossenschaftsbank, eine Kommanditgesellschaft auf Aktien, war früher ein Paradebild des freimüthigen Genossenschaftswesens und noch heute gehören ihr hervorragende freimüthige Politiker an. Persönlich haftende Gesellschafter sind: E. Weill, Dr. jur. C. Reichner hier und Friedrich Thormann in Frankfurt a. M. Dem Aufsichtsrat gehören an: Rentier Hugo Hermes, Stadtrat W. Steue, Stadtverordnetenvorsteher Dr. Paul Langenshau, Dr. jur. S. Griger, Charlottenburg, Generalagent Hohrecht, Rentier Sabaritz in Frankfurt a. M., Bürgermeister Risse in Altona, Reichstags-Abgeordneter Karl Weill in Brandenburg a. S., Wanddirector Hüb. Wiesbaden, Dr. F. Schneider in Potsdam.

Die Hamburg-Amerika-Linie und das Rheinisch-Westfäl.

Kohlen-Syndikat. Die Preispolitik des Rheinisch-Westfäl. Kohlen-Syndikats hat bewirkt, daß seit Beginn des Jahres wiederholt größere Kohlenlieferungen in norddeutschen Plätzen nach England vergeben worden sind, während von anderer Seite versucht wurde, sich durch Erwerbung eigener Kohlenzechen von den drückenden Bedingungen des Syndikats unabhängig zu stellen; so hat zum Beispiel erst kürzlich der Norddeutsche Lloyd gemeinsam mit der Firma Krupp in Essen Kohlenfelder erworben. Jetzt lehnt auch die Hamburg-Amerika-Linie sich gegen das Syndikat auf und hat, da dieses sich weigerte, die gleichen Preise wie die englischen Kohlenhändler zu stellen, vorläufig einen Teil seiner Lieferung an schlesische Zechen vergeben. Dem „Verl. Börs.-Cour.“ wird darüber berichtet:

„Eine Verständigung zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikat über eine Verlängerung des Kohlenlieferungs-Vertrages ist wegen der Preisforderung des Syndikats nicht erfolgt und hat derselbe im letzten Monat seine Endschick erreicht. Dagegen hat die Hamburg-Amerika-Linie einen Vertrag über die Lieferung von schlesischen Kohlen nach Hamburg abgeschlossen. Hiermit ist der schlesischen Kohle den Exportweg zur See bereitet. Der Transport der Kohle von Schlesien nach Hamburg erfolgt auf dem Wasserwege.“

Auch die „Hamburger Nachrichten“ melden: „Da das Kohlen-Syndikat sich dauernd abgeneigt zeigt, dasselbe Preisangebot wie für die gleichwertige englische Kohle anzunehmen, so hat sich die Pottsch-Bergwerks-Gesellschaft, um wenigstens die Lieferung dem Lande zu erhalten, veranlaßt gesehen, mit den Kohlengruben Schlesiens abzuklären.“

Sechste Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins.

Hannover, den 8. August 1902.
Unter dem Vorfige von Klein-Berlin begannen heute früh die Verhandlungen. Als Gäste sind anwesend Legien-Hamburg, Goldschmidt-Berlin, Giesberts-München-Graben und Janzen-Hamburg.

Behrens-Berlin erstattet den Geschäftsbericht. Die Mitgliederzahl ist um rund 900 Personen zurückgegangen. Von den 144 Zweigvereinen sind seit 1900 eingegangen 53, neugegründet 42. Die Ursache des Rückganges wird unter andern auch in der „zu sehr erhöhten“ Gewerkschaftsfrage (!) gefunden. Die Verhältnisse werden als günstig geschilbert. Die Verhandlung soll allwöchentlich erscheinen. Die Klärung der verworrenen Rechtsverhältnisse wird als die Hauptaufgabe der socialpolitischen Thätigkeit bezeichnet. Ueber eine Gemerkung des Geschäftsberichts, dahinschaltend, daß in Leipzig die Querkreiserei der Mitglieder der Deutschen Gärtnervereinsung eine „ernste Aktion verhindert“ hätten, entpuppt sich eine erregte Debatte zwischen Janzen, dem Vertreter der Vereinigung, dem Geschäftsführer Behrens und einer Anzahl Delegierten.

Albrecht-Berlin referiert alsdann über die Rechtsverhältnisse in den gewerblichen Gärtnereien. Um die Unhaltbarkeit des jetzigen Zustandes zu charakterisieren, führt Redner Gerichts-urteile verschiedener Gerichte an, wonach die Gärtner ganz verschieden als Gewerbegehilfen, als Diensthöten, als landwirtschaftliche Arbeiter, als Gewerbetreibende, als Handelsgehilfen und als Angehörige der bildenden Künste betrachtet werden. Eine so ungeheure Verwirrung in der Rechtsstellung müsse so schnell als möglich beseitigt werden, deshalb sei auch hierauf zur Zeit das Hauptaugenmerk gerichtet. Eine Anzahl Petitionen sind schon an die gesetzgebenden Körperschaften und Behörden geschickt und verschiedene Abgeordnete, so namentlich Wolke u. h. r., haben sich der Sache angenommen. Redner bringt dann am Schluß seiner Ausführungen eine Resolution ein, in welcher all diese Wünsche niedergelegt werden. Die Resolution gelangt zur einstimmigen Annahme.

In der heutigen Nachmittags-Sitzung steht der Kernpunkt der Verhandlungen:

„Besprechung und Beschlussfassung über die Gewerkschaftsfrage“

zur Debatte. Das einleitende Referat hat Albrecht übernommen. Redner führt unter anderem aus, die sozialpolitischen Fragen könnten gar nicht genug in den Gewerkschaften erörtert werden, man werde in den Gewerkschaften auch nicht umhin können, sich die verschiedensten politischen Parteien dienstbar zu machen, aber trotzdem warte der Referent dringend vor Anchluss an eine bestimmte Richtung. Unter der Flagge der Neutralität sei der Verein groß geworden, und müsse neutral bleiben. Wenn von einem Anschluss überhaupt die Rede sei, so könne nur der Anschluss an die freien Gewerkschaften in Frage kommen. Die Hirsch-Dunderschen bezeichnet Redner als „verfeinert“ und gegen die „Christlichen“ herrsche im allgemeinen Mißstimmung. Aber die freien Gewerkschaften kann Redner deshalb nicht empfehlen, weil sie geistig mit der Socialdemokratie eins seien und damit Anstoß erregt werden würde. Nachdem der Redner so ziemlich eine Stunde bald den „Christlichen“ ein Pfästerchen aufgelegt, dann wieder den freien Gewerkschaften und dann zur Abwechslung auch mal den Hirsch-Dunderschen, kommt er schließlich mit einer langen Resolution an, die eine entschiedene Abfrage an die freien Gewerkschaften enthält und derart zugespitzt ist, daß auf absehbare Zeit hinaus jede weitere Diskussion über den Anschluss an die freien Gewerkschaften ausgeschlossen sein soll.

Die Resolution ist ganz danach angeht, den Widerspruch aller derer hervorzuheben, die noch ein bißchen auf Selbständigkeit halten. Natürlich ist Herr Behrens derselben Meinung wie Herr Albrecht, seine Ausführungen aber sind bedeutend konsequenter als die des Referenten. — Herr Goldschmidt, der Sekretär der Hirsch-Dunderschen, wehrt sich dann zunächst gegen die „Verfeinerung“ der Gewerkschaften und liest alsdann den Herren von der Leitung des Gärtnervereins den Text darüber, daß sie meinen, auf die Dauer ohne Anschluss an eine bestimmte Richtung auskommen zu können. Ebenso selbstverständlich ist, daß Herr Goldschmidt die trübenden Gewerkschaften im Gegensatz zu den „socialdemokratischen“ Gewerkschaften bis über die Hutchnur lobte. Genosse Legien blieb ihm die Antwort nicht schuldig. Auch einzelne Delegierte pflichteten Legien vollkommen bei und Janßen betonte, daß selbst dann, wenn die ungläubliche Resolution zur Annahme gelange, die Frage des Anschlusses nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden werde. — Auch der Führer der „Christlichen“, Herr Giesberts-W. Gladbach sprach dann noch zu der Frage und brachte die christlichen Organisationen in empfehlende Erinnerung. Die Debatte gestaltete sich noch äußerst lebhaft und mußte schließlich der vorgeschrittenen Zeit wegen abgebrochen werden. In der Resolution Albrecht wurden dann zwar einerseits die kraßesten Punkte, die sich gegen die Socialdemokratie richten, gemindert, andererseits aber blieb die Erklärung, daß eine wirklich aktionsfähige Gärtner-Gewerkschaft in Anknüpfung an die freien Gewerkschaften nicht zu erreichen sei, bestehen. Die Resolution wurde schließlich angenommen.

Die Verhandlungen, die am 9. und 10. August fortgesetzt wurden, bezogen sich auf innere Angelegenheiten des Vereins und hatten kein allgemeines Interesse. Nachträglich wurden noch die in der ersten Verhandlungstage angenommenen Resolution Albrecht enthaltenen Widersprüche durch Abänderungen beseitigt.

Als Vorsitzender des Vereins wurde Klein, als Geschäftsführer Behrens und als Redacteur Albrecht (alle in Berlin) gewählt.

Im Anschluss an die Generalversammlung des Gärtnervereins wurde der vierte allgemeine deutsche Gärtnerkongress abgehalten. Derselbe erklärte sich nach einem Referat Damaschkes für die Bestrebungen der Bodenreformer. Ferner wurde eine von Albrecht beantwortete Resolution angenommen, die als Interessensvertretung des Gärtnerberufs den Anschluss an eine der bestehenden Handwerkskammern befürwortet, einen Anschluss an die Landwirtschaftskammer aber entschieden ablehnt. — Eine dritte Resolution spricht sich für Einführung der Tarifgemeinschaft aus.

Der Landarbeiterstreik in Galizien.

Der Wiener „Arbeiterzeitung“ wird aus Lemberg geschrieben: Der Ausnahmezustand ist zwar noch nicht proklamiert, aber Graf Pininski hat seinen Standesgenossen zu Liebe ihn auf eigene Faust ohne die lästigen Formalitäten eingeführt. Aus allen Bezirken wird berichtet, daß nicht nur das Versammlungsrecht der Bauern aufgehoben ist, sondern daß auch die Bezirkskommissäre förmliche Agitationsreisen abholten, um die Bauern vom Streik abzurufen. Verhaftungen werden auch jetzt noch in Massen vorgenommen. Wegen der geringfügigsten Uebertretungen werden die Bauern in Untersuchungshaft genommen und tagelang in Haft gehalten, ohne verhört zu werden. Kurz, es sind alle Staatsgrundgesetze für die Bauern aufgehoben.

Der Streik hat heute lange nicht mehr den Umfang, den er noch vor einer Woche hatte. In den meisten Bezirken haben die kleineren Grundbesitzer mit den Arbeitern Vereinbarungen getroffen und zumeist sind es nur die ganz großen Ausbeuter, die keinen Frieden schließen wollen. Trotzdem werden die Bauern noch immer als Aufrührer behandelt. Jeden Tag werden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, Hausdurchsuchungen sind an der Tagesordnung.

Beim Lemberger Landesgericht sind 120 Bauern wegen Streikvergehens in Untersuchungshaft.

Ein Kenner Galiziens schildert den Arbeiter in Ostgalizien folgendermaßen: Während meines Aufenthalts in Ostgalizien bewunderte ich immer die Gemüthsart der dort beschäftigten Feldarbeiter, die meist einheimische Ruthenen sind. Im Sommer geht der schlechtgekleidete und schlechtgenährte Arbeiter schon um 3 Uhr mit Weib und Kind aufs Feld der Gutsherrschaft und arbeitet den ganzen Tag um höchstens 50 Kr. Damit soll er seine oft noch zahlreiche Familie ernähren. Die Frau bekommt höchstens 30 Kr., das sind 50 Pfennig, wenn sie es nicht vorzieht, für ein wenig Getreide zu arbeiten. Die Kinder werden schon zur Feldarbeit angehalten, verdienen jedoch wöchentlich höchstens 1 fl. Im Sommer ist dieser Verdienst noch hinreichend, da das Volk wenig Bedürfnisse hat, doch im Winter, wo sich der Lohn des Arbeiters nur auf 25 Kr. beläuft, ist das Elend manchmal sehr groß. Das Landvolk begnügt sich mit den elendesten Wohnungen. Nicht und Luft sind ihm larg zugemessen. Gewöhnlich enthält die Hütte nur eine Stube nebst Kammer. Das Dach ist aus Stroh, und als Schornstein dient ein Loch in demselben. Gefochter Mais, hierzulande Kulturz genamnt, bildet mit etwas Mohndel die Hauptnahrung. Brot ist ein seltener Leckerbissen, und eine Semmel kauft der Bauer nur seinem Kinde, wenn es krank ist. An den höchsten Festtagen, wie Ostern und Weisnachten, ißt der galizische Bauer getrocknete Fische und Schweinefleisch und trinkt Branntwein; jedoch wird wenig getrunken und betrunnene Bauern habe ich in Galizien beinahe nie gesehen. Die Kleidung des galizischen Bauers besteht in einem leinenen selbstgesponnenen Hemde und einem Schalpelz, welcher über demselben getragen wird. Kinder und Frauen tragen dieselbe ärmliche Kleidung, die bei letzteren nur mit Stidereien geziert ist. Selbst die Familienfeste entbehren bei diesem armen Volke der in andren Ländern üblichen Fülle. Hält der galizische Bauer Hochzeit, so besteht das Festmahl aus Schwarzbrot, Käse und Branntwein. Doch wird nur mäßig getrunken. Unter den bei Hochzeiten in Galizien üblichen Gebräuchen fielen mir besonders auf: Der Bräutigam bringt der Gutsherrschaft als Sühnopfer für begangene Nachlässigkeiten ein Gänzlich dar, das er lebend überreicht und dabei um den Segen bittet. Des weitern zeichnet sich der Bräutigam unter den Brautführern aus, indem er eine kleine Gerte trägt, mit welcher er vor Eintritt in die gemeinschaftliche Wohnung der ihm angetrauten Gattin einen leichten Schlag versetzt, gleichsam um seine Herrschaft zu bekräftigen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Elektronenteure! Bauarbeiter! Der Streik der Elektronenteure bei der Firma Hordegen u. Co. hat nach vierzehntägiger Dauer am gestrigen Tage mit einem vollen Siege der Arbeiter seine Beendigung gefunden. Der Bericht über den Verlauf und das Resultat des Streiks wird in einer öffentlichen Versammlung gegeben werden, welche am Mittwoch, den 13. August, bei Rümmer, Brunnenstraße 188, stattfindet.

Schuhmacher. In der Eberswalder Filzschuh-Fabrik von A. Brodt haben sämtliche Schuhmacher wegen Lohnabzug gekündigt.

Wir bitten den Zugang nach hier streng fernzuhalten.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen. Die Berliner Verwaltungsstelle des Centralverbandes der Fleischer wählte Klose zum Hauptkassierer. — Die Zahlstelle Schöneberg des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hat beschlossen, den obligatorischen Beitrag von 60 Pf. pro Woche einzuführen. Der Anschluss der Zahlstelle an Berlin wurde abgelehnt.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung im Baugewerbe Hamburgs. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter schmilzt von Tag zu Tag immer mehr zusammen, desgleichen die der importierten Arbeitswilligen, die jetzt in hellen Scharen Hamburg den Rücken kehren. Die Innungsmeister zahlen den nach ihrer Meinung hohen Hamburger Lohn nur für eine entsprechende Arbeitsleistung, die von den eingeführten Streikbrechern nicht im entferntesten erreicht wird.

Welche Mittel die Bauunternehmer angewandt haben, um Arbeitswillige nach Hamburg zu locken, dafür legt das Schreiben eines solchen, der wieder in seine Heimat zurückgekehrt ist, breiteres Zeugnis ab. Das Schreiben lautet:

„Der Unterzeichnete erklärt hierdurch, daß der Baumeister Paul Adler mich und einige hundert Kollegen von Wien nach Hamburg unter Vorpiegelung falscher Thatsachen gelockt hat. Der Arbeitsvertrag der Baugewerkschaft-Jungung ist mir und meinen Kollegen, welche gleichzeitig mit mir eingestellt wurden, nicht vorgelesen worden. Daß in Hamburg gestreikt wird, hat man uns vollständig verschwiegen. In Wien ist uns versprochen worden, während der Fahrt Verpflegung zu erhalten; diesem Versprechen ist Herr Adler in der Weise nachgekommen, daß wir in etwa 30 Stunden ein Stückchen Brot und Wurst und ein Glas Bier erhielten. Die Folgen dieser großartigen Verpflegung sind denn auch nicht ausgeblieben, indem eine ganze Anzahl noch lange Zeit an Magenleiden gelitten hat. Bei dem Kollegen Stettler Henrid sind die Magenkrämpfe so heftig aufgetreten, daß derselbe einige Tage nach seiner Ankunft in Hamburg gestorben ist.“

Wien, 8. August 1902. Mathias Seyla.“

Die organisierten Porzellanarbeiter in Neustadt bei Koburg sind belämmlich gemahregelt worden. Ihre Zahl beträgt 120. Vier oder fünf von ihnen haben sich dem Verlangen der Fabrikanten gefügt und sind aus dem Verband ausgetreten. Einige haben anderweitig Arbeitsgelegenheit bekommen und wieder andre haben der Stadt den Rücken gekehrt. Jetzt sind noch 106 Organisierte im Ausland, wozu jedoch 22 oder 23 zu zählen sind, die sich als Arbeitsorganisierte den Arbeitern angeschlossen haben. Die Arbeiter suchen überhaupt die Fabriken gänzlich zu meiden und sich nach und nach andre Arbeitsgelegenheit zu suchen.

Beschäftigt sind in den Fabriken noch 130 Arbeiter. Ein großer Teil derselben sind Hilfsarbeiter, und die eigentlichen Porzellanarbeiter, die noch beschäftigt sind, gehören zu den minderwertigen Kräften. Angesichts dieser Situation dürften auch von den gefügigen Arbeitern noch manche entlassen werden, für die es an Beschäftigung mangelt, wenn die besseren Arbeitskräfte gezwungen seien.

Ausland.

Die Strakenlehrer in Genoa (Italien), 260 an der Zahl, seit mehreren Tagen ausständig. Sie verlangen Verkürzung der Arbeitszeit, eine geringe Erhöhung ihrer Löhne und eine bessere Behandlung. Obgleich der Hunger die meisten dieser ärmsten der Arbeiter und ihre Familien peinigt, ist die Solidarität der Betroffenen doch eine bewundernswürdige. Es hat sich noch nicht ein einziger Streikbrecher aus ihren Reihen gefunden.

Die Arbeiter der Eisenhütte von Sabona (Italien), die erst kürzlich einen Streik beendet hatten, sind in der Zahl von 140 entlassen worden. Diese provokatorische Maßnahme der Direktion hatte zur Folge, daß sämtliche Arbeiter die Arbeit niederlegten.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgegend. Infolge der öffentlichen Versammlung, welche heute, Dienstag, den 12. d. M., im Lokale von E. Odt, Weiningerstr. 8, stattfand, in welcher Frau Klara Jellin-Stuttgart einen Vortrag gehalten wird, fällt die Versammlung des Vereins für Monat August aus. Die nächste Mitgliederversammlung findet am 10. September in demselben Lokale statt.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Central-Wahlverein für Teltow-Weeslow-Storkow-Charlottenburg

hielt am Sonntag im Volksbause zu Charlottenburg seine Generalversammlung (Kreisversammlung) ab. Es waren von 21 Vereinen 50 Delegierte anwesend und der Vertreter der Lokalkommission, der der Agitationskommission sowie die 3 Revisoren und 5 Vorstandsmitglieder des Central-Wahlvereins und Reichstags-Abgeordneter Zubeil, insgesamt 61 Teilnehmer. Nicht vertreten waren drei Vereine und die Prekominmission. — Der Vorsitzende Hirsch wies zunächst darauf hin, daß es notwendig ist, dahin zu wirken, daß diejenigen Genossen, die nicht preußische Staatsangehörige sind, sich naturalisieren lassen. Formulare dazu sind bei den Vorsitzenden der Wahlvereine, und für die Orte, wo noch kein Wahlverein existiert, bei dem Vorsitzenden des Central-Wahlvereins zu haben. — Als Kandidat für die nächsten Reichstagswahlen wurde der bisherige Vertreter des Kreises Reichstags-Abgeordneter Zubeil einstimmig wieder ernannt.

Darauf leitete Schubert, der Vertreter der Agitationskommission, die Verhandlungen über die am 31. August und 1. September stattfindende Provinzialkonferenz ein. Von Schmidt-Tempelhof wird ein Antrag an die Provinzialkonferenz vorgelegt, wonach der Kopf der Lokalfestgeschieden werden soll und für Berlin sämtliche Lokale, die bis zu 100 Personen, für die Vororte sämtliche Lokale, die bis zu 50 Personen fassen, als frei bezeichnet werden sollen. Der Antrag wurde nach kurzer Diskussion gutgeheißen. Beschlossen wurde, 2 Delegierte auf die Brandenburgische Provinzialkonferenz zu entsenden und zwar wurden hierzu Käter-Rigdorf und Bielede-Johannisthal gewählt.

Ueber den Parteitag referierte Reichstags-Abgeordneter Zubeil. Der Redner wünscht, daß die drei ersten Punkte der Tages-Ordnung des Parteitages, das heißt die geschäftlichen Angelegenheiten, zuerst zur Verhandlung kommen und dagegen mit dem Punkt „Die bevorstehende Reichstagswahl“ begonnen werde, um hierfür und für die darauf folgenden Fragen die erforderliche Zeit zu sichern. Besonders müsse sich der Parteitag auch mit der Frage befassen, ob nicht unsere Stellung zur kreisförmigen Partei hinsichtlich der Stichwahlen eine andre werden müsse, nachdem diese Partei gezeigt habe, daß es ihr mit dem Kampf gegen den Zollwucher nicht ernst sei. Dem Vorschlag des „Vorwärts“, die Punkte „Kommunalpolitik“ und „Arbeiter-Versicherung“, die von der Tagesordnung abzulesen und dafür über „Die Wahlrechtskampfe in den Einzelstaaten“ und über „Das Centrum“ zu verhandeln, kann der Redner nicht zustimmen. Das Referat über die Wahlrechtskampfe in den Einzelstaaten erfordert

so außerordentliche Vorbereitung, wie sie nicht in der kurzen Zeit geleistet werden könne, und deshalb sei es besser, für den Parteitag im nächsten Jahre einen Referenten zu bestimmen. Redner bedauert es, daß der Programmtag „Religion ist Privatangelegenheit“ nicht anders gefaßt ist, und daß nicht ein entschiedener Kampf gegen die Kirche geführt wird. Die Fragen der Gemeindepolitik bedürften dringend der Klärung und ebenso sei die Arbeiterversicherung von großer Wichtigkeit. Mit der Landtagswahl-Frage müsse sich ein besonderer Parteitag für Preußen befassen. — Hieran schloß sich eine längere Diskussion. Dr. Vorchardt wandte sich gegen Zubeils Ansicht über die Stellung der Partei zur Religion und erklärte, daß er sich keine präzisere Stellung als die in dem betreffenden Programmtag ausgesprochene denken könne. Hinsichtlich des Punktes Arbeiterversicherung trat der Redner für die Unterstützung der Arbeitslosen-Versicherung der Gewerkschaften aus Reichs- oder Gemeindegeldern ein. — Nachdem unter anderem Hirsch und Schubert gegen die vom „Vorwärts“ vorgeschlagenen Änderungen der Tagesordnung gesprochen hatten, erklärte sich die Versammlung mit der Tagesordnung zum Münchener Parteitag einverstanden. Von Zubeil wurde sodann beauftragt, die Parteitag-Delegierten des Kreises zu beauftragen, dafür zustimmen, daß die Gemeindevorteiler der Partei verpflichtet werden, bei der Schlussabstimmung über den Etat der Gemeinden gegen den Etat zu stimmen, daß sie nicht durch ihre Abstimmung kulturwidrige Ausgaben gutheißen. — Nachdem von mehreren Rednern auf die verschiedenen Umstände, mit denen die kommunalen Vertreter manchmal zu rechnen haben und auf den Umstand, daß die Parteitag-Delegierten kein gebundenes Mandat erhalten, hingewiesen wurde, wurde der Antrag zurückgezogen. Ein Antrag Wollermann-Schöneberg, daß die Delegierten dafür eintreten sollen, daß der nächste Parteitag aus finanziellen Rücksichten in Mitteldeutschland stattfindet, wurde angenommen. — Ueber einen Antrag des Genossen von Oebel, der Parteitag solle beschließen, daß entsprechend dem vom Parteivorstand gebrauchten „Ihr“ und „Euch“ das „Du“, „Dir“ usw. im Verkehr unter den Parteigenossen allgemein eingeführt werde, und daß außerdem ein von jedem Parteigenossen sichtbar zu tragendes Erkennungszeichen eingeführt werde, wurde, nachdem dem Antragsteller, der nicht Delegierter ist, ausnahmsweise das Wort zur Begründung gewährt worden war, zur Tagesordnung übergegangen. — Als Delegierte zum Parteitag wurden Dr. Vorchardt und Böske gewählt, als Erfolgmann Käter.

Dann kam ein Antrag Schmargendorf zur Verhandlung, über die Uebergriffe der Polizei im Kreise Erhebungen zu veranstalten. Es handelt sich hierbei hauptsächlich darum, daß die Polizeistunde von den Behörden sehr willkürlich und zu Ungunsten der Socialdemokraten gehandhabt wird, wofür von dem Vertreter Schmargendorfs und von mehreren andren Delegierten treffende Beispiele angeführt wurden. — Der Antrag wurde dem Centralvorstand zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Bauarbeiter beschäftigten sich am Sonntag in zwei Versammlungen mit dem gegenwärtigen Stand ihrer Lohnbewegung. Bei den Accordarbeitern referierte Wötcher. Er wies darauf hin, daß die im Laufe der letzten Monate erzwungenen Tarifverbesserungen von einer Anzahl Kolonnenführer wieder durchlöcher worden seien, so daß ein Teil der Accordarbeiter mehrfach nicht den vollen tarifmäßigen Verdienst erzielt haben. Um diesem Uebelstande ein für allemal zu steuern, müsse das Baudeputierten-System noch mehr wie bisher ausgebaut werden, damit gleich an Ort und Stelle Verstöße gegen die Bestimmungen des Tarifs zurückerwisnen, eventuell dem Verbandsbureau gemeldet werden können. Ein weiterer Mißstand sei, daß die im Tarif festgelegte 9/10-stündige Arbeitszeit nicht auf allen Bauten innegehalten werde; zum Teil liegt die Schuld hieran an den Arbeitern selber. Wolle man das Erzwungene nicht leichtsinnig wieder fahren lassen, so sei allseitig auf die strikte Innehaltung der Tarifbestimmungen zu achten. Nach beendeter Debatte gelangte einstimmig eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution zur Annahme, laut welcher beschlossen wird, daß von Montag, den 11. August ab die Arbeit auf allen Bauten erst um 6 1/2 Uhr morgens beginnen solle, also eine halbe, und nicht wie bisher eine Stunde früher wie die der Maurer.

Das Referat bei den Lohnarbeitern hielt Heidemann. Danach ist der Stand der Lohnbewegung ein im allgemeinen sberfrügend, aber 3000 Mann arbeiten zu den neuen Bedingungen. Trotzdem könne der Kampf noch lange nicht als abgeschlossen betrachtet werden, im Gegenteil, es gelte auch hier, das Erzwungene zu beaupten und neue Vorteile zu erlangen, Getreu den Abmachungen ihrer Vereinigung haben die Unternehmer versucht, da wo sie es konnten, die Bewilligungen wieder zurückzugiehen. Etwa 19 der größeren Firmen, von denen jede einzelne verschiedene Bauten gleichzeitig ausführt, begaben auf einem Bau die neuen Löhne, auf dem andern nicht. Gegen diese Firmen soll einzeln mit der Firmensperre vorgegangen werden, falls sie sich nicht entschließen, auf allen ihren Bauten den neuen Bedingungen entsprechend zu zahlen, das heißt man dürfe sich nicht zu übereilten Schritten hinreihen lassen und etwa bei allen Firmen gleichzeitig die Arbeit niederlegen, sondern man müsse immer eine Firma nach der andern vornehmen. Wenn also Abzüge gemacht werden, dann mögen die Arbeiter mit der Arbeitsniederlegung bis zu dem Zeitpunkt warten, wo man die betreffende Firma am überbieten lassen könne. Da die Konjunktur im Baugewerbe eine andauernd günstige zu bleiben scheint, so verspreche diese Taktik voraussichtlich einen guten Erfolg. Es sei aber auch dringend notwendig, daß auch die Lohnarbeiter auf jedem Van einen der Jbrigen als Baudeputierten ernennen, damit zwischen Lohn- und Accordarbeitern stets volle Uebereinstimmung bei den zu ergreifenden Maßnahmen herrsche. Die Vorschläge des Referenten fanden auch hier allseitige Billigung, was durch entsprechende Beschlüsse bekräftigt wurde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom Kulturkampf.

Leoben, 11. August. (B. L. B.) Um einer Veröhnung die Bahn zu ebnen, hat der Präsident des Departements Finanze eine **Versammlung der Organisatoren des Widerstandes** gegen die Säkularisation der geistlichen Schulen von Leoben, Glondaniel, Saint-Wien und Lesolaget einberufen, an der etwa 400 Personen teilnahmen. In seiner Ansprache erinnerte der Präsident daran, daß die erste Pflicht des Franzosen die sei, dem Befehle zu gehorchen. Er wurde oft durch Gochnre auf die Freiheit und die Kommen unterbrochen. Der Deputierte Abb. Gayraud und Admiral de Cuverville sprachen sich für die Aufrechterhaltung der geistlichen Schulen aus. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Am Schluß der Versammlung erlangten neue Hochrufe auf die Schweftern und die Freiheit.

Bennigsen, 11. August. (B. L. B.) Unter überaus zahlreicher Beteiligung wurde heute nachmittags **Indolf von Bennigsen** zu Grabe getragen. Am Grabe sprachen der wirkliche Geheimrat Pland und die nationalliberalen Abgeordneten Sattler und v. Lynern.

Budapest, 11. August. (B. L. B.) Im kroatischen Badeorte Lipit kam es bei einem Feste, dem viele Ungarn beiwohnten, zu einer großen **anti-ungarischen Demonstration**. Die kroatische Jugend stürmte einen Pavillon, auf dem ungarische Fahnen angebracht waren, rissen dieselben herunter und beschmutzten und verbrannten sie.

Mezières, 11. August. (B. L. B.) Nach neueren Feststellungen beträgt die Zahl der bei dem Eisenbahn-Unfall bei Signy-le-Petit **Verwundeten vierzehn**. Dieselben sind Arbeiter der Werkstätten der Ostbahn, die zur Teilnahme an einem Musikfeste nach Lille fahren wollten.

Sufarek, 11. August. (B. L. B.) In der Central-Verkstätte des hiesigen Bahnhofs wurde eine **Falschmünzer-Werkstatt** entdeckt, deren Mitglieder sich aus der Zahl der Malaimenschlosser rekrutierten. Diese haben seit Jahren falsches Geld in Höhe von ca. 1 700 000 Lei in Umlauf gesetzt.

Maschinenzölle.

101. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 11. August.

Die Positionen 916, Fahrräder 150 M.; 919, Fahrradteile aus Eisen, roh 40 M., bearbeitet 150 M.; 920, aus anderen unedlen Metallen 150 M., werden zur Beratung verbunden.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Gothein beantragt 916 zu streichen und zu 919 — 6 M., zu 920 — 24 M.

Stadthagen kritisiert die Angaben über die Einfuhr, die bei den Fahrrädern im stetigen Sinken begriffen sei. Es sei unerhört, wenn Interessenten höhere Zölle verlangten, während die Entwicklung der Fahrradindustrie im Inland eine glänzende sei. Wenn die Regierung diesem unberechtigten Verlangen nicht entgegengetreten sei, sei die Kommission dazu doppelt verpflichtet, zumal die Einfuhr obendrein stetig gestiegen sei. Als Zeichen der Prosperität könnten doch auch die reichlichen Dividenden, die viele Fabriken zahlten, angesehen werden. Trotz vorzüglicher Fabrikate Amerikas seien doch auch deutsche ausgezeichnete Fabrikate patentiert und würden sogar amerikanischen vorgezogen. Redner geht auf Einzelheiten der Entwicklung ein, der gegenüber der Zollverpflichtung wirkte. Heute seien Fahrräder unentbehrliche Verkehrsmittel für Arbeiter, die deren zu Tausenden benötigten. Man dürfe ihnen dieses Verkehrsmittel unter keinen Umständen verteuern, denn bei der im heutigen Produktionssystem begründeten Fluktuation wisse der Arbeiter nicht, ob er oftmals die Arbeit wechseln müsse und dabei müsse er die Wege in Betracht ziehen.

Müller-Sagan begründet die Gotheinschen Anträge. Das Schlimme sei verkehrt, Amerika durch Erhöhung der Zölle zu veranlassen, seine eignen Zölle aufzugeben.

Scheimrat Blau tritt für die Vorlage ein.

Naasche erwidert Stadthagen, der Zoll sei der Industrie nicht zum Schaden. Da Amerika höhere Zölle habe, müssten auch wir die Zölle erhöhen. Redner beantragt, das Fahrradgelenk unter Fahrradteile rangiert werden.

Strombeck beantragt zu Position 916, 919, 920 — 50 M. und meint, daß bei Produkten, die hauptsächlich von ärmeren Klassen benötigt werden, wie Fahrräder, von Verteuerung durch Zollserhöhungen abgesehen werden müsse. Auch die Landwirtschaft werde durch hohe Fahrrad-Zölle geschädigt.

Graf Schwerin ist der Ansicht, daß der Schutz Zoll sogar Industriewaren im Innern verbilligen könne. Die Konkurrenz aus Amerika würde, wenn man ihr nicht entgegengetre, die Mäher nicht verbilligen, wohl aber die inländische Industrie vernichten.

Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen. Die Positionen 917, Personenwagen, 2- und 4-rädrige mit nicht mehr als vier Sitzen pro Stück, ohne Dach 100 M., mit Dach 150 M., 4-rädrige mit mehr als vier Sitzen 180 resp. 200 M.; 918, Lastwagen, auf Federn, roh oder nur mit Auftrieb 50 M., ladiert oder mit Polsterung 50 M., ohne Federn 25 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Herold beantragt zu 917, Wagen bis zu 150 Kilo 60 M., über 150 M.

Gothein beantragt Zollfreie zu 917 von 5, 12 und 25 M.; zu 918 — 3, 4, 2,50 M.

Herold hält die Zollfreie für zu hoch; die billigen Wagen würden dadurch stark verteuert.

Mollenhuth findet es sehr bezeichnend, daß sogar extreme Schutzzölle, wie Herold, diese Zölle für zu hoch halten. Freilich werde durch sie auch die Landwirtschaft schon hart betroffen. Desto notwendiger sei es, diese Transportmittel zollfrei zu lassen. Die amerikanischen Konkurrenz stüge sich auf gute Erfindungen, denen man in Deutschland nachzusehen sollte.

Scheimrat Blau tritt für die Vorlage ein, der Antrag Herold werde eine Begünstigung Amerikas sein.

Der Antrag Herold wird zu 917, im übrigen die Position nach der Vorlage angenommen, ebenso Position 918 und die Anmerkungen.

Die Positionen 921—925, Wasserfahrzeuge aller Art, werden verbunden. 921, Seefische — frei; 922, Fluß- und Binnenfahrzeuge zu Luagnzwecken, in Verbindung mit Antriebsmaschinen 10 M., ohne solche Verbindung 15 M.; 923, andre Fluß- und Binnenfahrzeuge — frei; 924, Schwimmdocks und Pontons — 5 M.; 925, Wasserfahrzeuge aller Art, mit der Bestimmung zum Verschlagen, eingehend — frei.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit, außerdem in Nr. 922 die Worte: „Fluß- und Binnenfahrzeuge für Luagnzwecke“ durch die Worte: „Schiffe für Luagnzwecke“ zu ersetzen.

Mollenhuth moniert, daß man die teuren Luagn-Nachten freilassen wolle. Redner ist für Zollfreiheit, will aber, wenn Luagnschiffe verzollt werden sollen, dann die teuersten nicht freigelassen sehen, die auf hoher See schwimmen. Redner wendet sich dann gegen die Zölle auf Schwimmdocks, die die kleinen Reedereien, die durch die Hamburger und Bremer Großreederei sowieso auf dem Aussterbe-Etat gestellt seien, noch schmäler zu Grunde richten würden.

Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen.

19. Abschnitt.

Feuerwaffen, Uhren, Tonwerkzeuge, Kinderspielzeug.

Unterabschnitt A: Feuerwaffen.

Die Positionen 926—928 werden verbunden. 926, Handfeuerwaffen aller Art, auch Luftgewehre 90 M.; 927, Hügel, Federn, Hähne, Läufe, auch Teile von solchen u., roh 6 M., bearbeitet 24 M.; 928, Schösser und Verschlußstücke, roh vorgearbeitet 40 M., andre 90 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Geyer begründet diesen Antrag.

Strombeck beantragt zu 926 — 60 M., zu 928 — 60 M.

Die Positionen werden sämtlich nach der Vorlage angenommen.

Unterabschnitt B: Uhren.

Die Positionen des Abschnitts werden verbunden. 929, Taschenuhren, auch solche mit Spielwerk, in Gehäusen, für 1 Stück, aus Gold 8 M., aus Silber 1,50 M., aus unedlen Metallen 1 M.; 930, Uhrgehäuse, aus Gold 1,50, aus Silber 0,75; 931 fertige Uhrwerke und Rohwerke 1,50 M.; 932, Triebe und Uhrwerke aus Stahl für Taschenuhren per Doppelcentner 90 M.; 933 Teile von Taschenuhren 200 M.; 934, Wand- und Standuhren 200 M.; 935, Uhrwerke aus unedlen Metallen 60 M.; 936 Turmuhr 10 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Goy begründete in längerer Rede diesen Antrag. Die Einfuhr sei geboten, denn die deutsche Industrie decke den Bedarf nicht; trotzdem habe sich die deutsche Produktion entwickelt. Die Zollserhöhungen seien vollständig unzutreffend.

Graf Vosadowitz tritt für die Vorlage ein und giebt statistische Rablen für die deutsche Produktion an. Haupterzeugland sei die Schweiz; die Einfuhr habe sich in 10 Jahren verdoppelt. Dieser Gewerbszweig könne in Deutschland mehr forciert werden, als bisher.

Müller-Sagan wendet sich gegen den Vortredner, die Zollfreie hätten keine Bedeutung für die Entwicklung der deutschen Industrie. Mollenhuth geht näher auf die Uhrenfabrikation ein und hebt die technische Entwicklung derselben in Amerika hervor, die entgegen den Angaben des Staatssekretärs schon vor 20 Jahren sehr hoch stand.

Scheimrat Bernutt tritt für die Vorlage ein.

Sämtliche Positionen werden nach der Vorlage angenommen.

Unterabschnitt C: Tonwerkzeuge.

Verbunden werden zunächst die Positionen 939, Klaviere 40 M.; 940 Klaviermechaniken und Klaviaturen 55 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Geyer begründet den Antrag. Die Positionen werden nach der Vorlage angenommen.

Dann werden verbunden die Positionen 937, Pfeifenorgeln 25 M.; 938, Jungengorgeln 40 M.; 941, Streich- und Zupfinstrumente 80 M.; 942, Blasinstrumente 85 M.; 943, mechanische Spielwerke, ohne Gehäuse, von 500 Gramm ober darunter 25 M., andre 40 M.; 944, nicht besonders genannte Tonwerkzeuge 80 M.; 945, Saiten, Darmsaiten, auch nachgeahmte 50 M., mit Draht überspinnene 100 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Geyer kritisiert diese Besteuerung der Kunst und weist an der Ausfuhr nach, daß die deutsche Instrumenten-Industrie, wie die deutsche Kunst im hohen Ansehen stehe und einer Verzollung, von der die armen Musiker am härtesten betroffen würden, nicht bedürfe.

Unterabschnitt D: Kinderspielzeug.

Position 946 — 10 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Mollenhuth begründet den Antrag. Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

20. Abschnitt: Orden.

Der bereits mitgeteilte socialdemokratische Antrag, Orden mit 1000 M. zu verzollen, wird von Stadthagen begründet. Graf Ranig und die Mehrheit habe sich im Januar bereits für Streichung der für das Zollgesetz vorgeschlagenen Zollfreiheit und damit für Verzollung ausgesprochen. Es frage sich nur, ob der Satz von 1000 M. nicht zu niedrig gegriffen sei. Orden seien verschiedener Art, beständen aus den verschiedensten Stoffen, so daß ein besonderer Abschnitt geschaffen werden müsse. Da Waren bis 250 Gramm zollfrei sind, so müsse Verzollung ohne Rücksicht auf das Gewicht der Orden eintreten. Aus Gründen der „nationalen“ Produktion und der finanzpolitischen Bedeutung, aber auch vom Standpunkt der Konsumenten, die Wert auf Orden legen und deren Verzollung durch Ordenslauf erwiesen sei, sei er, Redner, für Verzollung. Es handle sich bei ausländischen Orden darum, daß die inländische Produktion der Konkurrenz der ausländischen preisgegeben sei. Und da es sich bei Orden um einen Luxus handle, müsse man hier gerade zeigen, daß dieser der Eitelkeit frohrende Luxus besteuert werden müsse. Redner beleuchtet den moralischen Wert von Orden durch Vortragung verschiedener Sprichwörter und Aussprüche von Humoristen. In Preußen werde ja auf verschiedene Würden und Titel, wie Kommerzien-Titel, eine Steuer gelegt. Diese Besteuerung der Eitelkeit sei ein vernünftiger Rest der übrigens unvernünftigen Luxusbesteuerungen. Vielleicht könne durch den Ordenszoll das ganze Reichsdefizit gedeckt werden. Eine Liste, die er aufgestellt habe, regle 168 ausländische Orden ohne Rücksicht auf deren Klassen, die Zahl sei noch nicht vollständig. Käme man an, daß jeder nur zehnmal im Jahre verliehen würde, dann ergebe das eine Summe von 1.560.000 M.; aber die Steigerung der Summe ergebe sich aus der Steigerung der Eitelkeit, auch könne ein höherer Satz aufgelegt werden. Vielleicht kommt man dann auch zur Besteuerung der inländischen Orden. Das sei eine bessere Finanzpolitik, daß man von denen etwas nehme, die gern etwas geben können und wollen, nicht von denen, die nicht viel haben.

Die Diskussion wird durch einen Schlußantrag verhindert, der Antrag abgelehnt.

Zur Beratung gelangt die zurückgestellte Pos. 174, Juder. Zu derselben wird eine Ergänzung entsprechend dem neuen Judersteuergesetz von Spahn beantragt. Der Antrag wird angenommen.

Zur Position 175 stellt Graf Ranig den Antrag, als Pos. 175a Mikroskop mit 80 M. zu verzollen. Pos. 175 wird nach der Vorlage angenommen — Ständeruder u. 40 M. — ebenso der Antrag Ranig, trotzdem Mollenhuth für Zollfreiheit plädierte, ebenso Position 200, Juderwert 70 M.; Position 882, künstliche Stoffe, wird gestrichen. Position 883, Sähschloß u. 60 resp. 12 M., wird ebenfalls mit einer Ergänzung nach der Vorlage angenommen. Schluß 6 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 9 Uhr.

Berliner Parteiangelegenheiten.

Achtung! 3. Wahlkreis. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß heute Dienstag, den 12. August, abends 7 Uhr eine Flugblatt-Verbreitung, die Parteipredigt betreffend, stattfindet. Alle Genossen, welche sich bestimmten Bezirksleitern noch nicht zur Verfügung gestellt haben, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen einzufinden: Schieber, Admiralsstr. 21; Krüger, Rauhstr. 54; Hild, Simeonstr. 23; Jacharowski, Brandenburgerstr. 49; Stramm, Ritterstr. 123; Jellgentreff, Oranienstr. 66, Hof part.; Schneider, Sebastianstr. 7; Vohn, Ammenstr. 37, Keller; Richter, Franzstr. 1; Peufert, Köpnickstr. 38; Ladeberg, Kommandantenstr. 65.

Der Vertrauensmann.

Kommunalwahl in Lichtenberg. Heute, Dienstag, von vormittags 11 Uhr bis abends 8 Uhr findet die Wahl zweier Gemeindevorretter statt. Der ganze Ortsteil südlich der Frankfurter Chaussee von der Verbindungsbahn ab bis zur Friedrichselder Grenze, mit Ausnahme des Rieger Weges und der Bartenbergstraße, gehört zu dem aufgerufenen Wahlbezirk. Das Wahllokal ist bei H. Gärch, Frankfurter Chaussee 88. An den Wählern wird es nun liegen, ob die so viel unfruchtbareren beiden Mandate, die nun zum viertenmal innerhalb zwei Jahren verteidigt werden, endgültig der Socialdemokratie verbleiben sollen. Die Genossen in Berlin, die mit Lichtenberger und Friedrichsberger Wählern zusammen arbeiten, mögen diese heute an ihre Pflicht erinnern. Das Wahlergebnis wird heute abend in der Versammlung des Wahlvereins im Schwarzen Adler (E. Höflich), Frankfurter Chaussee 120, verkündet. Für Frauen ist die Galerie reserviert. Das Wahllokal hat während des Tages seinen Sitz bei Schmidt, Frankfurter Chaussee 83.

Lokales.

Die Exhumierung und Umbettung Ackermanns hat nun endlich am Montagabend 6 Uhr auf dem Central-Friedhof in Friedrichsfelde stattgefunden. Zugegen waren außer den Familienangehörigen auch die Stadtverordneten Ginye, Dr. Freudenberg und Dr. Bernstein. Bei dem Anblick der Leiche, die bereits circa drei Wochen in der Erde gelegen hatte, brach die schwergeprüfte Witwe in ein wachhaft herzbrechendes Wehklagen aus. Gesund und frisch war der Mann von ihr gegangen und als halbtotestem Leichnam sieht sie ihn wieder — so unerhört greift das grausame Schicksal in das Menschenleben hinein. — Wen aber trifft die Schuld an dem Tode des Verstorbenen? Wer hat das Herzleid seiner Hinterbliebenen auf dem Gewissen? Diese Fragen werden wohl kaum jemals eine klare, unzweideutige Beantwortung finden. Vielleicht kann man auch hier sagen: Die Sonne bringt es an den Tag. — Bei der nach erfolgter Exhumierung stattgefundenen Besichtigung der Leiche fiel äußerlich eine schwere Verletzung der Nase auf; sie war eingedrückt und nach der Seite gebogen und zeigte eine von der übrigen Gesichtsfarbe stark abweichende, fast schwarze Verfärbung. Merkwürdigerweise findet sich in dem amtlichen Sektions-

protokoll über die auffallende Verletzung keinerlei Vermerk. Von den anderen Punkten des Protokolls dürfte interessieren, daß die Leiche an beiden Schultern und am oberen Drittel des rechten Oberarms stark angelaufene Flecken aufwies. Eine Verletzung edler Teile sowie ein Bruch an Arm und Rippen war nicht vorhanden. Diese Flecken waren zweifellos schon bei der Entlieferung in die Jernanstalt vorhanden, denn der amtliche Kaufnebenbesund sagt darüber: — — kommt mit zahlreichen, blutunterlaufenen Stellen bedeckend, mit zerfissenen Jacket nach der Anstalt.

Nach ärztlichem Gutachten bleibt die Frage, wie das amtlich festgestellte Delirium entstanden sein kann, insbesondere ob dasselbe auf bisher unangefasste Vorgänge in der Stadtvogtei zurückzuführen ist, vorläufig noch offen. Soviel aber erscheint als sicher: die konstatierten Verletzungen (Flecken und Rippenbeschädigung) können dem Verstorbenen nur bei Lebzeiten beigebracht worden sein; auch ist es als ausgeschlossen zu betrachten, daß er sich seine Kleider selbst zerfissen hat. In Anbetracht dieser Umstände ist nun so unerklärlicher, daß sich die Staatsanwaltschaft in dieser Sache so auffallend passiv verhält. Wir wiederholen, was wir erst kürzlich gesagt haben: die Vorgänge, die sich während der Haft Ackermanns in der Stadtvogtei abgespielt haben, scheinen förmlich nach Auffklärung. Solange über diesen Dingen noch geheimnisvolles Dunkel schwebt, kann sich die Öffentlichkeit nicht beruhigen. An der Staatsanwaltschaft liegt es, dieses Dunkel zu heilen.

Nach erfolgter Umbettung wurde die Leiche nach der Kapelle auf dem Dankes-Friedhof übergeführt, woselbst sie bis zu der am Mittwoch nachmittag 4 Uhr stattfindenden Beerdigung stehen bleibt.

Die geplante Unterflasterbahn, welche, von der Stadt betrieben, den Süden Berlins mit dem Norden verbinden soll, erhält nach den jetzt ausgearbeiteten Projekten eine Länge von 11,2 Kilometer, also wenig mehr als die Hochbahn in ihrer jetzigen Ausdehnung. Von der Strecke entfallen 10,15 Kilometer auf Berliner, der Rest auf Schöneberger Gebiet. Für die ganze Strecke sind insgesamt 15 Haltestellen vorgesehen, so daß der mittlere Abstand der Haltestellen 750 Meter beträgt. Die Bahn wird in der Hauptsache als Unterflasterbahn ausgeführt, soweit nicht die Wasserläufe eine Tieflegung erforderlich machen. Die Bahn nimmt, unter der Voraussetzung der Zustimmung der Stadt Schöneberg, ihren Anfang in der Hauptstraße in Schöneberg, wo der erste Bahnhof „Schöneberg“ vor die Kreuzung mit der Eisenbahnstraße zu liegen kommt. Westlich davon ist ein viergleisiger Aufschlupps-Bahnhof geplant, während die Bahn selbstverständlich zweigleisig und normalspurig werden soll. In der Schöneberger Hauptstraße geht sie östlich bis zum Anfang der Potsdamerstraße in Berlin. Dort wendet sie sich in die Groß-Görschenstraße. In derselben kommt der zweite Bahnhof „Potsdamerstraße“ zu liegen. Sie biegt dann in die Rantkestraße mit dem Bahnhof „Rantkestraße“ in der Mitte ein. Sie folgt dann der Horkstraße bis zur Gneisenaustraße. Zwischen Rantke- und Großbeerenstraße kommt eine Station „Großbeerenstraße“, vor die Velle-Allianzstraße die Station „Gneisenaustraße“ zu liegen. Die Linie geht dann über die Velle-Allianzstraße, den Wäckerweg, unterfährt den Landwehrkanal und die Hochbahn und erreicht über den Velle-Allianzweg die Station dieses Namens am Anfang der Lindenstraße. Mit Rücksicht auf die Ausführung der umfangreichen Erarbeiten folgt sie dann, immer in der Mitte der Friedrichs- und der stilleren und breiten Linden- und Markgrafenstraße. In der Kreuzung mit der Kochstraße kommt eine Station dieses Namens. Nördlich der Leipzigerstraße kommt eine Station mit dem Namen dieser Hauptgeschäftsstraße. Auf dem Gendarmenmarkt wendet sich die Bahn westlich und geht zwischen dem französischen Dom und dem Schauspielhaus in die Charlottenstraße über. Dieser folgt sie über die Linden bis in die Prinz-Louis-Ferdinandstraße. Vor dem Stadtbahnviadukt kommt die Station „Friedrichstraße“ zu liegen, die dort dem Bereich der Linden und der Uferpergament entzogen ist. Die Bahn unterfährt dann die Spree und gelangt bei der Kaserne des 2. Garderegiments in die Friedrichstraße. Vor die Oranienburgerstraße kommt die Haltestelle „Oranienburger Thor“. Sie folgt dann dem Zuge der Chausseestraße und Reinoldendorferstraße bis zum Platz H. Nördlich von der Invalidenstraße kommt eine Station mit diesem Namen, vor die Walliser-Kaserne die Station „Schwarzkopffstraße“, auf den Weddingplatz die Haltestelle „Wedding“, vor die Wiesenstraße eine mit deren Namen und endlich auf den Platz H eine Haltestelle „Seeferstraße“ als letzte. Nördlich davon soll eine große Schleife ein Umkehren der Züge ohne Umlegen ermöglichen. Ein Zweiggleis führt zu dem geplanten großen Betriebsbahnhof auf jenem bereits in städtischem Besitz befindlichen Gelände.

Der letzte Ferienausflug. Am Sonntag waren in dem gesamten Eisenbahnbetriebe Berlins die Fahrpläne aufgehoben. Infolge des Massenverkehrs der zurückstehenden Ferienausflügler war der Andrang zu den Eisenbahnhöfen so stark, daß diese Verspätungen bis zu zwei Stunden erlitten und die Stationsbeamten nicht von der Lage waren, über die Ankunft der einzelnen Züge bestimmte Angaben machen zu können. — Auf dem Stettiner Bahnhof trafen allein von Heringsdorf nicht weniger als 6 Sonderzüge ein und in Rücksicht auf die Verspätungen der aus Ostpreußen kommenden Sommerausflügler mußten von Stettin ab ebenfalls zahlreiche Sonderzüge eingeleitet werden. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung auf dem Bahnhof selbst waren drei Schutzleute erforderlich, während die Regelung des Verkehrs der an- und abfahrenden Züge von einem Kommando von Schutzleuten und mehreren veriterten Beamten ausgeübt wurde. Schlimme Zustände herrschten im Fernverkehr der andren Bahnhöfe.

Wieder ein Opfer des Wäcker-Plages. Die „unglückseligen“ Verkehrsverhältnisse auf dem Wäcker-Platz haben abermals ein Opfer gefordert. Als gestern (Montag) nachmittag ein dem Arbeiterstande angehöriger, etwa 40 Jahre alter Mann den Fahrdamm der Velle-Allianzstraße am Kaufhaus Jandorf überschritt, wurde er von dem vollbesetzten Omnibus Nr. 279 der Linie Dönhofs-Platz—Großgörschenstraße umgestoßen und überfahren. Der Kutscher vermachte auf der abfahrenden Bahn des verkehrreichen Wäcker-Plages den Wagen nicht mehr zu bremsen, so daß die Räder desselben den auf Boden liegenden Mann über Brust und Unterleib gingen. Mit schweren, inneren Verletzungen blieb der Verunglückte bewußtlos liegen; Polizeibeamte schafften ihn per Droschke nach der Unfallstation. Vielleicht giebt dieser neue Unglücksfall dem Magistrat Anlaß, die geplante Umgestaltung des Wäcker-Plages, an die noch vor kurzem der Verkehrsverein „Velle-Allianz“ erinnerte, nunmehr bald ins Werk setzen zu lassen.

Ans Eiser sucht auf ihren Mann hat die 26 Jahre alte Frau Amalie des 28-jährigen Nebelpolierers Paul Hartung aus dem Weidenweg 9 sich und ihr Kind durch Gift umgebracht. Die Eheleute sind erst seit dem Monat Februar d. J. verheiratet, das Töchterchen Gertrud ist 4 Monate alt. Die Ehe war nicht unglücklich, und man hat auch im Hause nichts wahrgenommen, was auf unerlaubte Reigungen des Mannes schließen lassen könnte. Trotzdem war die junge Frau von Eiser sucht besessen, weil der Mann öfter spät abends heimkehrte. Seinen Worten, daß er sich im Kreise von Bekannten mit Kartenspiel unterhalte, schenkte sie keinen Glauben, nahm vielmehr an, daß ihr Mann es mit einer andren halte und sie deswegen vernachlässige. Der Gedanke von der Untreue des Mannes hatte sich bei ihr so festgesetzt, daß sie lieber sterben wollte, als ein liebeloses Dasein weiterzuführen. Nachdem die wie versichert wird, unbegründete Eiser sucht der Frau öfter kleine Päckchen herbeigeschickt hatte, sollte den Mann gestern ein schwerer Schlag treffen. Als er

gleich nach 12 Uhr mittags seine Wohnung betreten hatte, fiel ihm zunächst die unheimliche Stille auf. Beim Betreten der Küche aber blieb er entsetzt einen Augenblick stehen. Auf dem Fußboden lag die nur mit Hemd, Unterrock und den Stiefeln bekleidete Frau in den letzten Stufen, in den Armen ihr Töchterchen haltend, das gleichfalls noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Neben ihnen stand eine Flasche, die mit Lyöl gefüllt gewesen, aber völlig geleert war. Die Gesichter von Mutter und Kind zeigten schon eine bläuliche Färbung. Der Mann lief nun schleunigst nach der Rettungswache I in der Frankfurter-Allee, und der Dr. Hirsch versuchte, die beiden am Leben zu erhalten. Mutter und Kind starben ihm aber unter den Händen. Die Sachlage wird bis zu einer behördlichen Besichtigung aufrechterhalten. Noch eine Stunde vorher hatte man die Frau im Hause gesehen und nichts Auffallendes an ihr bemerkt. Die Thal ist kurz vor dem Eintreffen des Mannes geschehen.

Sommerurlaub für Theater-Angestellte. Dem technischen Personal des Schillertheaters ist, wie schon im vorigen so auch in diesem Sommer von der Direktion ein Sommerurlaub gewährt worden, nur mit dem Unterschied, daß der diesjährige Urlaub nicht wie im Vorjahre 5-8 Tage, je nach dem Dienstalter, sondern allgemein auf 10 Tage festgesetzt ist, und diesmal nicht nur dem Bühnenpersonal, sondern auch dem gesamten Hauspersonal zu gute kommt.

Aus Besorgnis, seine Stellung zu verlieren, hat sich der 25 Jahre alte Arbeiter Ernst Lange aus der Prenzlauerstraße 9 das Leben genommen. Lange war schwerhörig, daher nur bedingt arbeitsfähig und erhielt ab und zu Armenunterstützung. Auf behördliche Empfehlung hatte er bei der städtischen Gartenbauverwaltung im Friedrichshain Aushilfe-Beschäftigung erhalten. Diese sündete er mit dem Eintritt der Herbst- und Winterzeit wieder zu verlieren, obgleich ihm keinerlei darauf bezügliche Andeutungen gemacht waren. Diesen Gedanken wurde er nicht los, verfiel in stumpfes Wüten und hat sich am Sonntagabend in seiner Schlafstube erhängt. Ein Nachbar, der ihn besuchen wollte, entdeckte ihn aus der Schlange. Die angestellten Wiederbelebungsversuche blieben aber ohne Erfolg.

Beim Umladen von Mauersteinen verunglückte gestern nachmittags 4 Uhr der Arbeiter Welsky aus Weichensee in der Nähe der Schönhauser Allee belegenen Straße 18. Welsky hatte die Steine in den Laden des dort aufgeführten Neubaus zu schaffen, doch waren die Träger nicht stark genug, um die Steine tragen zu können, und so brach die Last zusammen und begrub den Arbeiter unter sich. In schwerverletztem Zustande wurde Welsky ins Krankenhaus gebracht.

Verschwinden ist seit Sonnabend früh 7 Uhr der geistesranke Kellner Christoph Koloff aus der Oranienstraße 144. Koloff ist 45 Jahre alt, hat eine blass gelbe Gesichtsfarbe, blonden Schmirrbart und fällt durch ein Gewächs am linken Ohr und durch einen schleppenden Gang auf. Wer etwas über den Verbleib des Verschwindenen weiß, wird gebeten, entweder der Frau Koloff oder dem nächsten Polizeirevier Mitteilung zu machen.

Internationale Eisenbahndiebe. Die Kriminalpolizei fahndet zur Zeit auf eine Bande internationaler Eisenbahndiebe, welche die von und nach Berlin verkehrenden D-Züge unsicher macht und bereits ein Vermögen zusammengehoben haben muß. So wurde in einem von Marienbad nach Berlin gehenden Zuge eine Tasche mit 4000 M. gestohlen; einige Zeit darauf wurden einer Frau Rechtsanwältin aus Weiz Hof in demselben Zuge Juwelen im Werte von 20 000 Dollars und ein Kreditbrief auf 2000 Dollar gestohlen. Zur selben Zeit wurde hier auf dem Anhalter Bahnhofe einer Dame eine Tasche entwendet, die 4000 M. enthielt. Kurz darauf erbeuteten die Diebe im D-Zuge Berlin-Stendal eine Handtasche, die einer in Berlin anässigen Dame gehörte und Schmucksachen im Werte von 2500 M. enthielt. Als Hauptthäter sind verdächtig ein aus Polen stammender Händler Heilmann Brihl und ein Kaufmann Leibe Weinstein aus Russland. Brihl war bereits einmal in Hannover verhaftet, weil die zuletzt erwähnte Dame ihn als Täter bezeichnete; man mußte ihn aber wieder laufen lassen, da nichts Verdächtiges bei ihm gefunden wurde. Später fand man einen Teil der gestohlenen Schmucksachen in einem Wagen, in dem Brihl gefahren hatte. Die gefährlichen Diebe wählen sich stets Damen zum Opfer, weil diese in der Regel ihr Gepäc nicht sorgsam genug beaufsichtigen. Die meisten Diebstähle dieser Art sind verübt worden, während die Verstorbenen im Speisewagen weilten.

Straßenspernung. Die Landsberger-Allee von der Thornerstraße bis zur Straße 48 b wird behufs Umpflasterung vom 11. d. M. ab bis auf weiteres für Fußverke und Reiter auf einer Seite gesperrt.

Ein doppelter Selbstmordversuch wird uns aus dem Norden Berlins gemeldet. Seit einem Jahre wohnt in der Weichenburgerstraße 9 der Schneidermeister Schönhaber mit seiner Wirtschafterin Schneiderin Anna Jergang. Schönhaber war von seiner Frau geschieden und durfte die Jergang auf Grund gerichtlichen Erkenntnisses nicht heiraten. Darüber grämte sich die J. Gestern nachmittags hörten Nachbarn die Jergang rufen: „Wilhelm, ich sterbe mit Dir!“ Augleich sah man aus der Wohnungsdür die Qualm dringen. Nun wurden der Hausverwalter und die Polizei benachrichtigt, die einen Schloffer mit der Öffnung der Thür beauftragten. Man sah beide Personen

auf Stühlen in enger Umarmung neben einander sitzen. Beide waren noch bei Besinnung. Schönhaber hatte in einem Korb Papier und Preshlohlen in Brand gesetzt, damit beide zusammen ersticken sollten. Nachdem man das Feuer gelöscht und die Fenster geöffnet hatte, mußte für die beiden Lebensmüden gesorgt werden. Schwer hielt es, die Jergang von dem Mann loszumachen. Beide wurden dann nach der Polizeiwache mitgenommen, wo bei der Jergang Wahnsinn ausbrach. Während Schönhaber nach der Charité gebracht wurde, mußte die Jergang der Anstalt Herzberge zugeführt werden.

Der Wintergarten wird am kommenden Sonnabend wieder eröffnet. Es werden u. a. auftreten die bekannte Ello de Morade, Claudine Bolatre vom Theater „Fouquet Parisienne“ in Paris, die Operettensängerin Fr. Sari Fedal vom „Ungarischen Theater“ in Budapest; Mlle. Helene Gerard, die mit einem Bolshoiarader vor einem Dogcart die hohe Schule fährt und Fozie de Witt, eine bezaubernde Amerikanerin, gleichzeitig Sängerin und Geigerin.

Feuerbericht. Sonntagmittag wurde die Wehr nach der Weichenburgerstr. 48 gerufen, wo Kartons und Packmaterial in Brand geraten waren. Kurz vorher hatten in der Großgörschenstr. 23 Bodenverfälsche mit Inhalt Feuer gefangen, doch gelang es der Wehr, bald die Flammen zu ersticken. Einen Schornsteinbrand hatte die Wehr nachmittags in der Gerichstr. 9a zu beobachten. Gleichzeitig war in der Kurstraße 39 in einem Keller Feuer ausgebrochen, das in der Hauptsache Gerümpel und Verpackungsmaterial einschloß. In der Lanfzigerstraße 44 waren in einem Kesselhaube Späne und andres in Brand geraten, während in der Kneuenstraße 10 Kleidungsstücke durch Feuer beschädigt wurden. Vormittags hatte sich in der Kottbuserstraße 18 Schwefel entzündet, ohne indes größeren Schaden anzurichten. Auf dem Schlesiens Güterbahnhofe und auf dem Anhalter Güterbahnhofe mußten Preshlohlenbrände abgelöscht werden. Außerdem hatte die Wehr in der Zwischengasse noch Alarmierungen von der Gollnowstraße 14 und dem Planufer 92 zu verzeichnen, die jedoch nur auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

Aus den Nachbarorten.

Neu-Lichtenberg. Man schreibt uns: Ein schwerer Landfriedensbruch würde ein wäherer Austritt genannt werden, der sich in der Nacht zum Sonntag in der Wilhelmstraße und den angrenzenden Straßen abspielte, wenn — organisierte Arbeiter sich an solchem Treiben beteiligen hätten. Die staatsbehaltenden Elemente, die hier ihrer rohen Krauslast die Zügel schießen ließen, wissen genau, daß die vorhandenen — nebenbei gesagt recht zahlreichen — Polizeikräfte zur Überwachung der Arbeiterversammlungen und -Vergnügens vollständig in Anspruch genommen werden, und sollte wirklich ein Beamter übrig sein, so muß der vor den Lokalen postiert werden, in denen etwa — Militärpersonen mit anständigen Arbeitern verkehren könnten, aber solches nicht sollen. Kein Polizeibeamter störte wohl aus diesen Gründen die Rowdys, die jeden Passanten unmenslich mißhandelten, Schaufensterscheiben demolierten und zum Messer griffen. Jehn der rohen Patrone sind im Laufe des Sonntags zur Haft gebracht, ob auch die Messerstcher, von deren Opfern sich zwei in recht bedenklichem Zustande in ärztlicher Behandlung befinden, ist noch nicht gewiß. Hoffentlich gelingt es noch, einen Teil der rüden Gejellen festzunehmen.

Vermischtes.

Das Hamburger Dampfer-Unglück. In Sachen der „Primus“-Katastrophe hat der Untersuchungsrichter nach eingehender Prüfung des Altematerials die Anklage gegen beide Schiffsführer erhoben. Der Termin findet demnächst vor dem Altonaer Landgericht statt.

Der Begnadigte. Die „Staatsbürger-Zeitung“ meldet: Der seit 1850 in Zuchthaus zu Grafentonna (Thüringen) inhaftiert gewesene Schuhmacher August Wöhm wurde im Mai dieses Jahres unter der Bedingung begnadigt, daß er in das Ausland gehe. Er reiste nach Südamerika, hat es aber dort nicht lange ausgehalten, sondern ist wieder heimgekehrt und hat in Waltershausen unter falschem Namen gelebt. Bald ermittelte ihn jedoch die Polizei, und der nunmehr 70jährige Mann mußte wieder in das Zuchthaus wandern, wo er wahrscheinlich sein Leben beschließen wird.

Was mag St. Burenkraus sich wohl gedacht haben, als er eine derartige „Begnadigung“ in Vorschlag brachte? Man stelle sich einen Unglücklichen vor, der ein halbes Jahrhundert hinter Zuchthausmauern eingekerkert war, dem also eine Welt schon von der seines Volkes scheidet, und der nun unter der Bedingung in Freiheit gesetzt wird, daß er, ein hilfloser Greis, die paar Jahre, die er von seinem entsehlischen Leben noch übrig hat, in fremdem Lande unter Menschen zubringe, die nicht einmal seine Sprache verstehen! Es ist ein Himmelstunder und genügt entweder für die stitliche Städte des alten Zuchthäuslers oder für sein physisches Unvermögen, daß er an den Ort der Qualen zurückgekehrt ist, ohne sich inzwischen aus Verzweiflung mit einer neuen Bluttat besetzt zu haben.

Ein großes Eisenbahn-Unglück wird von der Linie Charleville nach Lille gemeldet. Ein Schnellzug, in welchem sich mehrere Musikvereine befanden, entgleiste Sonntag früh in der Nähe von Signy-le-Petit. 5 Personen sollen getötet und 14 schwer

verletzt sein. Es sind Arbeiter der Werkstätten der Ostbahn, die zur Teilnahme an einem Musikfeste nach Lille fahren wollten.

Von einem entsehlischen Unglück in den Alpen berichtet die „Frankf. Zig.“ aus Bern: Nach einer Meldung aus Chamonix sind am Calandome zwei französische Alpenklubisten, deren Namen bis jetzt noch nicht festgestellt werden konnten, erfroren. Ihre beiden Führer, die Hilfe holen wollten, stürzten während eines Gewitters in Gletschergründe und kamen ebenfalls um. Von Chamonix sind Führer-Karawanen aufgebrochen.

Als Urheber des am Sonnabend aus Wien gemeldeten Raubmordes an einer Cigarrenhändlerin im Bezirk Rudolfsheim wurde Sonntagmorgen im Prater der 28 jährige aus Währn stammende Messerschmied Anton Schnell verhaftet. Er wurde bereits wegen Einbruchdiebstahl vom Landgericht in Ratibor festbriesslich verfolgt.

Die Pest. Amtlich wird bekannt gegeben, daß die fünf Personen, die in Odessa unter pestverdächtigen Erscheinungen erkrankt waren, genesen sind. Zwei neue Erkrankungsfälle waren am 2. und 3. August in Odessa zu verzeichnen. Die Krankheit verläuft auch in diesen Fällen in milder Form.

Aus Madakawas wird gemeldet, daß durch Vorwärts-schreiten eines Gletschers der Weg vom Dorfe Sanib durch das Genalonthal zerstört und die Einwohner von allen Seiten abgesperrt seien. Der Bezirkschef meldet, es bestehe große Gefahr für die Dörfer Untertimiskan und Oberkonk.

Aus Port Arthur, 10. August, wird gemeldet: Seit dem Ausbruch der Cholera-Epidemie in Ostasien am 15. Juli bis zum 2. August erkrankten 348 Chinesen und 70 Europäer, darunter 25 russische Soldaten; es starben 219 Chinesen und 37 Europäer, darunter 11 russische Soldaten. Die Gesellschaft vom Roten Kreuz hat Speisehallen errichtet, wo die Bedürftigen umsonst gespeist werden, auch versorgt sie die Bevölkerung mit gekochtem Wasser. Mehrere tausend chinesische Arbeiter haben aus Furcht vor der Cholera die Stadt verlassen und sind nach Tschifu abgereist.

Witterungsübersicht vom 11. August 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C	Stationen	Barometer-Höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. °C
Eminende.	756	WSW	5	wolfig	12	Saparanda	750	SO	6	bed.	13
Hamburg	757	WSW	4	wolffent	10	Petersburg	758	WSW	1	wolffent	13
Berlin	758	WS	4	beiter	12	Gork	768	WSW	2	bedekt	12
Kraut./M.	761	WSW	2	Regen	11	Abereben	—	—	—	—	—
München	762	WS	2	bedekt	12	Paris	764	WSW	2	wolfig	13
Wien	760	SW	—	Regen	14						

Weiter-Prosnoe für Dienstag, den 12. August 1902. Kühl und veränderlich, vielfach wolfig mit Regenschauern und frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Verband der Sattler.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Sonntag, den 10. August, verfaßt pldlich unser Mitglied
Wilhelm Werner
 (Werkstatt von August Oster u. Co.)
 Ehre seinem Andenken.
 Die Vererdigung findet am Mittwoch, den 13. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Bazarus-Krankenhauses, Bernauerstraße, aus nach dem Golgatha-Kirchhof, Barisüstraße, statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse der Sattler
 u. verwandten Gewerbe zu Berlin.
 Sonntag, den 10. August, verfaßt pldlich unser Mitglied, der Sattler
Wilhelm Werner
 (Werkstatt von August Oster u. Co.)
 Die Vererdigung findet am Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, vom Bazarus-Krankenhause aus nach dem Golgatha-Kirchhof in der Barisüstraße statt.
 274/13
 J. A. O. Assmann.

Kranz- und Blumenbinderei
 von Robert Meyer,
 nur Mariannen-Straße 2.
 Vereins-Kränze, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert geliefert

„Unser täglich Brot“
 Nach Aufhebung der Beschlagnahme wieder zu haben!
 Diese vorrestliche politisch-satirische Vermandlungsposikarte lauft jeder.
 100 Stk. 5.— M., 1000 Stk. 40.— M.
M. Wermann, Dresden,
 47802* Walsburgstr. 5.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.
 Backware
 6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckereion:
 Drangelstraße 9, Krauzstraße 19,
 Falkenstraße 28, Lanfzigerstr. 2.
 Prämiert mit der goldenen Medaille.

Feurig-Süßer
Santa Lucia

Dr. med. Schaper
 homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
 Königgrätzerstr. 27. Spr. 9-1. 4-7.

Kraft-Rotwein
 für Blutarmer und Kranke
 ärztlich empfohlen. Fl. 1.50
 und 2 M. überall zu haben in
 allen Apotheken, Droguen-Handlungen,
 Delikatess- u. Kolonialwarengeschäft.

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132-135 (Versand-Abtollung).
 Rosenthalerstr. 27-29. — Oranienstr. 52-55.

Dienstag, Mittwoch, Donnerstag:

Ein Posten

Knaben-Anzüge

für das Alter von ca. 2-4 5-6 7-9 Jahren

aus guten blauen oder gemusterten Stoffen

4.90 5.80 6.90 Mk.

Knabenbeinkleider aus guten Herrenstoffen, für ca. 3-9 Jahre **1.50** Mk.

Etablissement Süd-Ost

75 Waldemarstrasse 75. 40959*

Reisere Sonnabende sind nach zur Verfügung zu vergeben.

Bordern Sie in den Tabakhandlungen

Dänischen Anker-Kautabak

Feinste Marke 5 und 10 Pf.-Schleifen.

Nur echt, wenn sich im Tabak der Firmenzettel mit Anker befindet.

Generalvertreter: C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 8, Amt 7, 3861

Bricketts

billig. billig.

Herrmanns Kohlenlager, O., Wühlstr. 12.

Wegen Aufgabe meines Bahnhofs offeriere ich in Senftenberger Bricketts Abnahme von 3000, 5000, 10000 Stk. frei Keller 6,- 6,25 6,- 5,75 5,75 7,- 7,50 7,25 7,-

frei Boden 50 Pf. pro 1000 St. mehr, ab Lagerplatz entsprechend billiger.

Schmelze andern Brennmaterialien ebenfalls billig. 4796*

H. & P. Uder, Berlin SO. 16.

Engel-Ufer 5. 14818*

Tabakfabrik.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in Cigarren, Cigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.

Von der Reise zurückgekehrt [72/9] Von der Reise zurück [32/15]

Dr. Paul Christeller | Dr. med. Gustav Hirschfeld

An der Stadtbahn 21. SO., Skallitzerstr. 54c.

Steppdecken

billigst in Fabrik Oranien-158

Katalog Emil Lefevre, Berlin franco.

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57.

Musikant bis abends neun. [4599]*

2. Ziehung 2. Klasse 207. Kgl. Preuss. Lotterie.

Siehung am 11. August 1907, nachmittags.

Nur die Gewinne über 116 Stk. sind den berechtigten Nummern in Nummern beigefügt.

(Ohne Gewähr.)

20 52 120 212 363 458 610 816 44 91 1111 455 818
33 70 79 991 2022 278 331 91 565 82 775 974 3101
35 440 75 85 998 875 4010 309 56 457 794 5021 59
290 443 60 500 094 832 54 924 29 6079 143 92 237 56
306 021 81 99 815 905 7061 103 52 81 800 914 41
8233 (500) 481 568 796 916 9025 158 536 69 633 69
742 62 90 837

10111 68 83 254 67 368 84 580 622 740 58 849 64
965 89 11225 78 94 221 475 546 607 747 12109 242
335 23 30 44 401 578 15004 14 15 139 63 602 28 710 43
59 919 14169 78 430 805 925 25 15023 90 244 325
496 325 94 1212 777 830 16211 74 352 62 444 849 66 912
69 17023 48 62 118 34 227 323 54 70 419 840 82 776
87 18170 212 149 78 500 38 788 19046 170 218 63
486 86 996 757 836 901 34

20074 113 433 583 93 649 68 75 21109 301 21 25
439 505 67 836 22118 27 62 75 280 (200) 589 602 972
23308 506 46 24424 520 62 95 25227 44 431 771 73
926 26234 71 211 38 413 19 40 51 512 684 724 853 74
942 27033 76 318 38 65 320 41 520 502 41 28247 308
454 652 931 29034 94 100 34 424 608 88 769 919 33

30008 24 30 44 90 100 (300) 4 98 236 46 54 90 527
620 64 732 802 907 21037 69 115 84 270 96 462 88 650
83 807 32050 104 36 307 403 57 70 560 614 75 707
33016 96 247 448 577 90 729 858 34032 32 178 306 64
564 671 35027 61 104 97 496 503 615 22 84 890 961 30
76 36032 60 248 65 322 523 608 902 21 (300) 37102
283 412 28 63 805 38033 238 72 914 402 9 647 733 69
77 887 938 30016 20 182 613 805

40190 489 545 46 890 99 833 950 41009 377 462
93 693 735 81 813 90 977 68 42093 304 336 75 469 551
846 919 71 83 70 328 43056 416 33 512 628 79 83 745
846 919 71 83 70 328 43056 416 33 512 628 79 83 745
982 45104 336 52 414 607 34 61 883 958 46105 410
4523 921 24 47398 52 (200) 99 825 48140 760 79
49051 153 304

50935 195 399 73 537 680 700 51005 179 410 809
611 763 34 56 52019 (300) 94 197 (300) 230 77 405
11 718 48 70 836 53022 95 366 489 784 91 857 89
54011 242 300 59 541 631 717 55870 909 76 56018
139 238 95 302 735 49 852 57050 239 313 784 89 95
814 52 81 45 58008 125 400 502 700 835 984 59081
130 40 271 941 489 97 831 751 951

60109 (200) 44 58 70 256 438 523 766 841 926 42
61048 496 420 934 62570 671 880 912 63101 214 374
45228 528 600 950 64003 60 122 90 4 258 451 603 704
6 990 65040 440 534 638 916 66162 92 97 286 90 598
649 87 774 956 67070 411 751 55 805 988 68027 225
59 381 91 417 28 35 83 94 571 612 70 777 95 846 69117
206 72 338 58 77 433 77 681 82 605 49 721 80 880

70092 178 256 455 552 670 73 733 43 75 808 71300
445 62 724 95 843 84 968 76 72024 44 99 300 602 67
73 88 96 716 97 881 93 73072 109 92 246 424 60 565
682 (200) 68 714 63 811 917 43 74031 42 347 65 486
629 96 736 55 75132 41 91 297 447 67 68 517 67 786
855 974 76305 11 22 88 428 40 521 75 791 897 925
77043 186 328 78 400 75 96 568 685 732 915 78099
63 232 42 428 53 552 653 706 13 804 976 79718 35 841

80013 74 163 93 287 300 77 403 11 46 547 651 96
746 821 29 81088 124 40 324 98 483 512 616 740 95
832 61 64 82066 60 88 232 310 694 732 842 949 83071
81 204 17 315 99 571 91 638 84191 339 42 460 73 618
899 85142 78 229 476 876 84365 47 506 662 933
87142 55 66 589 670 821 88344 456 605 731 45 955
89026 73 288 99 (300) 320 69 547 831 52 915

90230 94 825 607 754 931 88 91055 164 81 237 310
476 88 500 701 870 92910 221 85 427 35 40 522 646 47
89 68 738 899 93005 234 693 715 27 841 914 94988 101
80 253 57 418 56 96 554 668 768 928 95096 112 373
449 (300) 772 88 820 66 70 93 955 56 96032 149 244
338 486 500 673 87 887 94 65 97032 118 418 24 777
947 98036 63 60 244 324 402 28 71 500 748 899 90022
106 39 219 65 80 900 517 49 687 754 970

100067 281 313 61 485 553 511 809 101071 370
494 839 99 733 888 102160 267 535 39 80 621 (200)
103327 488 548 648 56 95 825 67 104414 84 582 831
933 105143 214 337 64 444 91 591 632 106110 327
683 76 857 920 107038 46 696 924 108258 208 63
76 377 431 606 819 900 109146 323 518 73 640 787
912 39

110490 717 806 111033 90 131 47 82 244 692 711
601 47 928 59 112118 269 339 63 697 708 36 82 848
951 119301 48 131 398 463 529 93 685 774 879 921
114011 228 335 (200) 401 648 711 68 828 909 30 115394

403 44 905 56 902 4 (200) 9 875 116328 33 66 403 98
117174 589 662 720 63 902 23 118127 291 355 69
689 872 119204 129 639 50 701 810 19 69 70 946

120047 65 94 139 257 98 480 589 606 44 87 797
121114 290 317 43 534 701 122196 300 463 608 59
64 606 26 744 922 74 123008 73 197 276 646 690 47
74 85 920 81 124257 413 30 48 50 51 667 68 96 801
74 907 95 125161 352 498 507 647 66 884 81 904 92
126124 49 72 73 80 254 304 76 439 504 51 802 26 44 90
127073 77 84 162 366 496 572 605 705 18 73 995 919 83
128082 124 90 244 308 13 49 461 689 846 929 120271
541 43 47 639 746 988

130223 47 517 55 616 787 971 131039 114 268 364
82 927 34 132070 561 603 723 32 914 38 85 133003
142 57 230 394 51 472 612 28 702 95 (300) 891 998
134165 87 393 507 625 938 90 82 135132 233 78 368
24 30 412 840 61 751 (300) 98 863 990 136130 223
29 300 485 544 616 30 745 74 823 981 137139 331 503
25 673 780 859 912 84 138188 219 73 390 42 496 504
19 33 73 665 90 771 904 139183 296 71 376 403 598 788
140125 54 211 35 41 351 410 611 757 78 141093 83
124 251 574 72 622 729 75 893 906 27 142173 281 314
440 680 887 143074 152 310 50 468 554 606 (200) 46
74 721 53 822 144070 222 25 71 323 638 788 805
145403 65 76 521 76 774 146185 298 319 471 393 602
8 745 894 980 147304 22 404 77 502 618 19 821 978
148233 (300) 94 350 85 697 840 149253 303 66 77 409
695 738 835 905 40

150078 264 67 351 52 409 20 583 824 47 151010
122 44 376 425 30 987 152050 132 338 49 604 775
945 153002 71 295 347 88 485 (1000) 616 39 53 875
999 154114 326 774 922 155306 425 76 90 632 706
918 156101 57 469 564 886 971 157194 276 510 91
158901 61 177 93 379 442 511 90 604 10 70 719 58
159399 457 81 542 805 954

160067 144 57 59 93 230 92 469 504 70 794 947 78
161210 389 442 534 609 835 74 903 93 162151 239
49 432 712 842 95 990 78 163215 349 97 715 852 962
164006 41 69 229 49 72 (200) 588 556 165116 708
63 66 907 166143 285 (200) 588 556 78 448 741 69
862 926 167168 222 38 345 713 874 168022 29 94
191 212 343 428 536 765 169072 130 47 (300) 82 97
225 61 382 613 85 89 869 907 32

170068 403 5 532 658 723 38 171050 79 388 474
595 639 857 916 65 93 172470 96 (200) 510 53 714
912 173103 284 336 450 835 721 51 922 79 174202
69 565 616 57 712 822 175070 349 719 914 44
176054 94 162 311 635 177947 185 226 32 399 86
466 521 693 98 771 88 97 806 89 918 45 178134 92
310 49 72 80 404 32 560 622 35 702 909 52 179014
84 232 71 318 96 422 47 597 604 43 60 791

180155 304 61 417 511 24 60 675 703 875 181096
632 585 642 44 930 182087 88 171 80 208 65 469 566
662 882 183057 332 84 608 731 808 89 908 29 184097
55 212 388 562 69 662 728 71 87 847 901 3 185079
486 88 511 683 186118 48 82 216 80 670 776 808 903
187232 69 363 459 550 69 94 697 894 916 188016
232 401 32 596 689 799 (1000) 933 45 189049 349
449 500 758

190060 105 9 357 64 691 719 905 89 191253 444
600 4 98 761 801 86 902 17 68 192004 114 19 24 79
216 17 40 60 63 420 928 50 193092 349 50 80 434 591
605 825 913 194003 211 41 570 81 94 452 810 195135
98 270 539 824 74 85 922 196132 33 419 601 23 781
969 68 197588 638 701 892 198610 15 120 81
205 (300) 24 72 85 300 199174 469 635 805 64 945
200020 71 161 352 780 875 905 201184 233 55
63 631 45 851 82 906 74 202063 373 81 576 779 971
203047 53 84 515 81 632 773 817 39 917 27 204042
121 439 587 605 17 18 727 205085 129 60 236 67
96 944 715 206061 372 75 478 523 58 634 64 207027
63 305 36 93 99 427 868 81 985 208149 216 465 593
621 844 209162 476 665 70 818 945

210003 289 541 62 98 790 908 72 77 211091 73
185 223 315 43 403 506 603 76 791 831 950 212159
70 211 362 466 85 87 640 797 853 55 76 902 213005
185 429 611 22 808 23 926 (300) 214367 (300) 851
901 215004 407 600 701 849 940 216081 168 210
400 24 526 639 52 721 60 90 883 903 217067 (300)
202 (200) 345 92 485 553 839 99 218027 29 206 394
497 829 769 89 890 39 219237 390 408 614 44 731
220004 227 426 68 594 827 (200) 91 221096 104
37 353 458 625 86 744 63 895 930 50 222011 41 219
345 90 473 716 866 (3000) 604 94 223087 239
304 404 83 886 687 57 730 66 833 224186 89 235 47
50 98 324 52 692 714 27 49 840 951 55

Siehe Verzeichnisse: 1. Gewinne bis 45000 Stk.
2. bis 15000 Stk., 3. bis 10000 Stk., 4. bis 5000 Stk., 5. bis 1000 Stk.
6. bis 1000 Stk., 7. bis 500 Stk.

2. Ziehung 2. Klasse 207. Kgl. Preuss. Lotterie.

Siehung am 11. August 1907, nachmittags.

Nur die Gewinne über 116 Stk. sind den berechtigten Nummern in Nummern beigefügt.

(Ohne Gewähr.)

5 172 80 429 35 56 705 803 63 93 1026 79 125 226
81 304 421 73 542 881 916 57 2052 97 119 63 64 90 442
805 84 3056 168 73 461 64 724 83 99 4004 90 287 99
558 639 69 895 5036 93 271 (500) 368 499 544 72 656
704 30 905 6092 93 153 297 345 508 605 727 51 822
949 87 7028 64 275 385 616 24 86 790 951 8033 44
167 274 409 621 58 727 885 9000 30 177 203 33 327
459 528 90 (200) 836 949 67

10036 92 156 342 62 542 671 11091 585 647
69 857 12149 350 428 72 597 49 635 932 13006 32
127 81 243 699 500 985 14018 139 244 337 407 13 823
829 936 15015 164 212 24 394 426 577 698 16053
290 19 495 534 82 91 696 800 970 17235 319 94 704 16
869 18112 228 43 78 93 412 70 82 867 709 29 891 901
19062 96 131 264 453 570 82 750 998

20096 313 43 422 750 951 21077 130 50 233 340
402 23 568 24022 151 220 90 365 401 63 552 830 43 81
604 23009 188 201 320 61 449 541 756 810 24049 78
633 878 25027 35 197 256 67 462 546 99 66 70 715 49
816 68 71 26415 529 30 779 895 995 27223 80 529
35 39 85 722 882 82 957 69 28026 (200) 34 41 77 157
627 29057 146 212 70 85 723 35 88 802 995

30002 113 207 348 441 716 819 28 31008 156 90
268 519 32234 58 696 96 721 805 59 33266 461 63
508 626 74 712 879 824 63 87 34005 215 76 321 84 538
66 635 (500) 99 711 35210 46 82 704 36088 186
324 406 902 3 12 831 923 37066 140 49 385 678 96 640
85 904 38154 319 633 806 39023 621 812 935 88

40296 327 536 87 91 984 41088 423 505 703
999 42011 348 91 415 44 642 741 75 906 43007 150
407 17 516 42 612 60 72 756 96 824 34 985 44078 214
49 320 81 425 770 97 818 948 45161 275 400 (300) 99
639 801 48 71 46155 69 238 303 416 813 47092 138
87 215 33 636 91 771 813 49 911 34 48404 48 290 24
67 804 765 66 937 56 49083 207 77 80 601 82 805 19 971
50045 87 222 460 98 594 702 51104 6 70 233
67 80 (200) 317 404 507 676 707 90 849 946 52032
345 483 554 631 (200) 63 859 910 22 42 45 53004 61
128 273 87 413 96 508 821 88 930 81 54049 51 99 312
38 470 648 83 780 856 93 979 98 55240 70 323 41
76 401 76 640 56 70 256 72 482 901 57063 100 211 74
330 496 596 625 709 817 900 50 58049 157 256 348 640
43 67 907 34 59115 58 58 354 796 825 58

60087 101 88 578 653 71 87 989 61063 79 223
324 445 531 78 611 722 938 55 62014 31 173 284 339
535 627 82 881 63086 129 81 215 460 570 759 64047
148 68 201 27 38 314 438 691 823 900 65178 82 86 368
401 22 46 602 66071 311 47 84 411 32 58 519 641 82
832 83 915 67121 47 317 69 471 72 77 511 647 918
68088 (1000) 131 284 310 68 593 644 917 69170
246 547 77 98 619 816

70143 338 66 82 421 71023 301 621 42 72141
50 349 615 18 777 867 931 73023 257 78 331 51 401
40 503 733 813 909 74130 65 257 492 3 27 74 538 774
88 927 66 75190 82 (200) 294 56 82 510 871 900 91
70099 16 66 158 330 96 512 643 33 945 63 88 64
77016 19 176 310 608 701 913 78189 233 464 650 811
56 66 79097 154 245 478 90 684 749 65 810 55

80042 111 16 58 70 250 65 354 58 448 600 37 33
875 913 81479 501 99 764 824 47 905 16 94 82062
168 241 43 512 685 (200) 87 746 846 86 948 77 832